

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengepaßene Peltstelle oder deren Raum 180 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 244.

Montag, den 18. Oktober 1920.

27. Jahrg.

Kassel.

Der Parteitag der praktischen Arbeit.

Wenn Paul Singer, der unvergessene Großkloster unserer Parteitage, jeweils am Ende der Verhandlungen die Schlussrede hielt, pflegte niemals darin, wie das Amen in der Kirche, das Wort vom „Marxstein“ zu fehlen. Auf keinen Parteitag trifft dieses Wort mehr zu als den von Kassel. Er bildet in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie einen Marxstein, der sich nicht gut übersehen läßt. Es ist in Kassel nicht nur gearbeitet worden, sondern es ist auch solide Arbeit geleistet worden. Kassel ist kein Parteitag der großen Worte und großen Gesten gewesen, wenn schon es auch auf ihm an spannenden Momenten nicht gefehlt hat. Die Verhandlungen standen vom Anfang bis zum Ende im Zeichen der Kameradschaftlichkeit und Brüderlichkeit. Nicht ein einziges Mal brauchten die Vorstehenden irgend einen der Redner auf den Tugendpfad parlamentarischer Ordnung zurückzuführen. Von Kassel wird ein reicher Segen ausgehen, wenn die Parteigenossen im Lande die Verhandlungen und Beschlüsse richtig zu würdigen verstehen und sie sich ganz zu eigen machen; denn es ist in Kassel außerordentlich viel praktische Arbeit geleistet worden.

Die große Rede, mit der Otto Weis den Bericht des Parteivorstandes einleitete, war gleich ein glückverheißender Anfang. Sie zeichnete die nächsten Aufgaben und Ziele der Partei in der inneren und äußeren Politik so scharf, so klar und so bestimmt, daß Freund und Feind sich nicht mehr in unklaren darüber befinden können, was die deutsche Sozialdemokratie in nächster Zukunft anstrebt. Die Marschroute, die er für die Partei festlegte, hält sich von allen Uebergeisterungen und Phantastereien meilenweit fern. In der inneren und äußeren Politik, in der Wirtschaft wird sich die Partei, des rechten Weges wohl bewußt, im Bereich des Möglichen halten, ohne das große Endziel aus dem Auge zu verlieren, und nicht allerhand Phantomen nachzujagen. Von Sollmann (Köln) wurde das später im Laufe der Aussprache noch mit den zutreffenden Worten unterstrichen: „In revolutionären Zeiten kann man den Massen nicht Wechsel auf lange Sicht geben.“

Gegen die Geschäftsführung des Parteivorstandes wurden Einwendungen von Gewicht von keiner Seite erhoben. Man würdigte die ungeheuren Schwierigkeiten, unter denen der alte Parteivorstand zu arbeiten hatte und erteilte ihm einstimmig Entlastung. Der Parteitag billigte auch ausdrücklich die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zur Bildung der Reichsregierung und legte als Richtschnur fest, daß ein Wiedereintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung nur in Frage kommen kann, „wenn die Interessen des Proletariats, die vor allem die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Sozialisierung der darüber reifen Wirtschaftszweige und eine pazifistische auswärtige Politik erheischen, ihn zwingend erfordern.“ Auch kann die Zusammenarbeit mit einer Partei, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform steht, niemals in Frage kommen. Die „Partei des Wiederaufbaues“, die Partei der roten Kettenprenger, die Deutsche Volkspartei, die gar zu gerne die Sozialdemokratie als Vorgespann und Feigenblatt für ihre kapitalistische Politik benutzen möchte, darf damit ihre Wünsche für alle Zeiten begraben. Die deutsche Sozialdemokratie trägt kein Verlangen, sich zum Mitschuldigen einer Politik zu machen, in welche die Deutsche Volkspartei der Stresemänner irgendwie bestimmd eingreift. Die Stellungnahme des Kasseler Parteitages in dieser Frage ist klar und völlig unzweideutig.

Alle die politischen und wirtschaftlichen Fragen, die bereits bei der allgemeinen Aussprache über den Vorstandsbericht angeschnitten worden waren, kamen noch einmal in dem Bericht der Reichstagsfraktion zum Ausdruck. Der Bericht, den Genosse Schildenbrand erstattete, gab Kunde von der reichen Arbeit, welche die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im verflossenen Jahre geleistet hat. So mancher, der gedankenlos nachplapperte, was er von den Maulathleten zur Linken aufgeschlappt hatte, wird sich überzeugen müssen, daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten treue Arbeiter im Weinberge des Sozialismus gewesen sind, und daß sie so manches im Reichsparlament durchgesetzt haben, von dem sich die Weltfremdeheit der linksradikalen Wortathleten nichts träumen läßt, oder was sie für zu gering erachteten, weil sie alles auf eine einzige Karte, die Weltrevolution, gesetzt haben, ohne aber dabei zu bedenken, daß wir schon mitten in dieser Weltrevolution stehen. Eine Wunde am Parteikörper legte bei dieser Gelegenheit Sollmann-Köln bloß. Er gab anheim, die Parlamentskandidaten in Zukunft besser auszuwählen. Eine Fraktion, die nur aus Parteisekretären und Parteiredakteuren besteht, mag für die allgemeine Agitation gewiß genügen, für das Riesenwerk des Wiederaufbaues ist sie nicht geeignet. Sollmann rügte es, daß kein einziger praktischer Landwirt, kein einziger Handelsreisender, kein Industrieller in der großen Fraktion sitzt, deren Aufgabenkreis heute ein ganz anderer ist, als in jenen Zeiten, da die Sozialdemokratie nur

eine Oppositionspartei und nicht in dem Maße für das Wohl und Wehe der Bevölkerung verantwortlich war, wie es heute der Fall ist.

Gemäß einem Beschlusse des Parteitages wurde die Wirtschaftspolitik gesondert für sich besprochen. Zur Entscheidung kam die außerordentlich wichtige Frage: Planwirtschaft oder Sozialismus? Als Redner standen sich einander gegenüber die Genossen Rudolf Wissell und Robert Schmidt, die beiden früheren sozialdemokratischen Wirtschaftsminister. Die Frage erheischte eine um so dringlichere Antwort, als die beiden Vorschläge der Sozialisierungskommission in der Kohlenfrage von der Partei eine Entscheidung in dieser oder jener Richtung verlangen. Genosse Wissell, den Lübecker Parteigenossen bestens bekannt, vertrat mit Feuer und Leidenschaft die Planwirtschaft. In Worten von manchmal fast dichterischem Schwunge versuchte er seine Idee der Parteitage delegierten schmacht zu machen. Zum Schaden seiner Planwirtschaft operierte er wenig glücklich, indem er die ganze Frage auf einen Streit zwischen sich und Robert Schmidt hinausspielte. Dadurch schwächte er seine Position, die er auch noch dadurch stark verschlechterte, daß sich in seine Ausführungen viel Romantik mischte. Er fragte Robert Schmidt des Opportunismus an, um sich dann später nachweisen lassen zu müssen, daß er selbst der größte Opportunist sei.

Im „Kasseler Volksblatt“ hat Ulrich Kaucher, der demnächst als deutscher Gesandter nach Georgien gehen wird, den Gegensatz in den Anschauungen zwischen Wissell und Robert Schmidt auf eine ebenso klare wie kurze Formel also gebracht: „Als Gegensatz zwischen Robert Schmidt und Wissell (stellt sich) heraus, daß der eine wohl eine planmäßige, der andere aber eine schematisierte, eine schematisierte Wirtschaft will. Daß beide für gebundene Ein- und Ausfuhr und für Zwangsbewirtschaftung der wichtigsten Erzeugnisse sind, aber Wissell darüber hinaus für eine Zwangswirtschaft aller Produktionszweige. Allerdings nicht für eine staatliche, bürokratische, obrigkeitliche Zwangswirtschaft, sondern — was in seinen Folgen noch schlimmer ist — für eine Zwangswirtschaft der vertrusteten Unternehmer jedes Wirtschaftszweiges, an welcher auch die Arbeitnehmer teilnehmen sollen.“ In dem Kampf um die Vorherrschaft im Produktionsprozess will Wissell eine Art Massenillusion einschalten.

Wissell fand mit seiner Idee bei dem Parteitage nur wenig Gegenliebe. Man befürchtet von seiner Wirtschaftspolitik eine Verwässerung des Klassenkampfes und erblickt in einem Wirtschaftsgebilde, das die heutige Machtfrage des Unternehmertums geradezu garantiert, und veranfert hätte, kein Ziel, das Loden könnte. Die Folge war, daß der Parteitag die Wissellsche Planwirtschaft ablehnte und den festen Willen aussprach, alle Kraft der Partei auf die Vergeßlichkeit des Privateigentums an Produktionsmitteln zu konzentrieren. Mit diesem Beschluß war gleichzeitig auch die Entscheidung über die beiden Vorschläge der Sozialisierungskommission in der Kohlenfrage gefallen. Der Parteitag erklärte sich dafür, daß die Kohlenwirtschaft reif für die Sozialisierung ist, und daß man nicht gewillt ist, den Rathenauschen Vorschlag, den auch Wissell sich zu eigen gemacht hat, zu akzeptieren, der den Kohlenherren nur den Pelz waschen will ohne sie selbst naß zu machen. Der Parteitag ging sogar noch einen Schritt weiter. Er sprach sich dafür aus, daß das Volk begehren durchzuführen ist, falls für die sofortige Enteignung und Sozialisierung der Kohlenförderung und Kohlenverteilung im Reichstage oder im Reichsrat keine Mehrheit vorhanden sein sollte. Die Arbeiterkraft in den Kohlenrevieren wird der Partei für diesen Beschluß besonders dankbar sein. Die Sozialisierung des Bergbaues und der Kohlenwirtschaft verträgt keine Verzögerung mehr.

Wenig befriedigt hat uns der Bericht vom internationalen Kongress in Genf und geradezu unangenehm berührt hat es uns, daß man die Aussprache bereits abdrehte, als eben erst der vierte Redner gesprochen hatte. Wir müssen uns damit abfinden, daß wir selbst ein Opfer dieser übereilten Schlussmacherei geworden sind. Aber man nahm uns und mehreren anderen damit die Gelegenheit, gegen den unüberlichen Geist Protest einzulegen, den die Resolution des Genfer Kongresses atmet, indem sie in einseitiger Weise von einer Schuld der deutschen Sozialdemokratie, der belgischen, der englischen Sozialdemokratie ist wahrlich nicht geringer, wenn man schon einmal von Schuld reden will. Gewiß, die Existenz der zweiten Internationale wäre gefährdet gewesen, wenn nicht die deutschen Delegierten in Genf das Schuldbekenntnis geschluckt hätten; aber es wäre nur eine Frage der Zeit gewesen, und man hätte sich trotzdem wieder zusammengefunden.

Die Programmdiskussion hat den erwarteten Verlauf genommen. Die Richtlinien für Agrarpolitik fanden einstimmige Annahme. Sie werden der Partei die Verbearbeitung auf dem Lande ganz besonders erleichtern,

jumal sie der Vielgestaltigkeit der agrarischen Verhältnisse im Reiche im weitesten Umfange Rechnung tragen. Für die Erneuerung des Erfurter Programms, das infolge der veränderten Verhältnisse einer Neugestaltung bedarf, wurde eine besondere Kommission eingesetzt, die rechtzeitig vor dem nächsten Parteitage einen neuen Programm-Entwurf vorzulegen hat, der dann von den Parteigenossen diskutiert werden soll, bevor er seine endgültige Gestalt erhält. Schon heute steht fest, daß das neue Programm an den bisherigen Grundsätzen der Partei nichts ändert wird. Ein Versuch des bödischen Genossen Dr. Diez die Demokratie nur mit gewissen Einschränkungen festzulegen, erfuhr auf dem Parteitage wiederum eine Ablehnung. Nicht weniger Demokratie, sondern mehr Demokratie, ohne daß dabei die Demokratie Selbstzweck sein darf, wird auch in Zukunft die Losung für die deutsche Sozialdemokratie bleiben.

Die Wohnungsfrage wurde von den beiden Referenten, den Genossen Paul Hirsch und Engler-Freiburg, in wirklich großzügiger Weise erörtert. Während Hirsch das fürchtbare Wohnungselend ergreifend schilderte, entwarf Engler ein großzügiges Programm, wie dieses Elend restlos zu beheben ist. Seine Ausführungen bewiesen ein tiefes Eindringen in den Stoff. Als Endziel stellte er die Sozialisierung der Wohnungen auf und zeigte gleichzeitig auch den Weg der dorthin führt, damit schon in wenigen Jahrzehnten auf freiem Grunde ein freies Volk wohnen kann. Wer sich mit der Wohnungsfrage, mit der Wohnungspolitik beschäftigt, wird an den Ausführungen Englers nicht vorübergehen können.

Die Zusammenfassung des Parteivorstandes erfuhr durch Zuwahl einiger bewährter Genossen die von allen Seiten gewünschte Verstärkung. Unter den neu gewählten Sekretären befindet sich auch Gen. Stelling. Die Lübecker Partei, die gehofft hatte, ihn vom 1. November ab wieder in ihren Reihen zu sehen, wird dadurch neuerlich vor die Frage gestellt, sich nach einem örtlichen Parteisekretär umzusehen.

Infolge der Entwertung des Geldes ist der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder auf 40 Pfg., für weibliche auf 30 Pfg. wöchentlich erhöht worden. Die Erhöhung tritt mit dem neuen Geschäftsjahre in Kraft. Die Lübecker Delegation hat sich mit der Erhöhung der Wochenbeiträge für weibliche Mitglieder nicht befremden können und deshalb dagegen gestimmt. Sie hat sich dabei von der Erwägung leiten lassen, daß es zu meist Ehefrauen sind, die die Mitgliedschaft in der Partei erwerben, sodas die Erhöhung im wesentlichen darauf hinausläuft, daß die vereirateten männlichen Mitglieder der Partei doppelte Wochenbeiträge leisten müssen. Die Mehrheit des Parteitages hat anders entschieden, und der Lübecker Parteiverband wird sich dem Beschlusse fügen müssen, bis auf einem der nächsten Parteitage vielleicht die bessere Einsicht siegt.

Damit haben wir den Extrakt aus den Beratungen in Kassel gezogen. Der gute Geist, der die Kasseler Tagung befeuert und zu fruchtbarer Arbeit geführt hat, erleuchte und stärke die Genossen und Genossinnen im Lande, dann wird es um die deutsche Sozialdemokratie allezeit gut stehen. Einigkeit und Geschlossenheit führen zum Siege.

Vorwärts!

O. F.

Die-Erwürgung des deutschen Volkes.

Auf dem Parteitag zu Kassel wurde bekanntlich eine Resolution angenommen, in der die Arbeiter der ganzen Welt gegen das Anstehen der Entente aufgerufen wird, aus Deutschland 110 000 Milchfühe zu erpressen. Bei unserer kümmerlichen Milchversorgung würde die Ausführung dieses Vorhabens den Tod unzähliger Kinder und Kranke zur Folge haben. Und nun berichtet der „Vorwärts“, daß diese Zahl auf einen telephonischen Uebermittlungsfehler beruhe. Es wurden nicht 110 000 Kühe, sondern

810 000 Milchfühe

von der Wiedergutmachungskommission verlangt. Die Kommission hat ihre umfangreiche Aufstellung, die die Forderungen auf Lieferung von Gegenständen von der Rabel bis zur letzten Fabrikeinrichtung enthalten, der deutschen Regierung überreicht. Darin wird unter anderem die sofortige Lieferung gefordert von: 10 000 Stieren, 500 000 Kühen an Frankreich, 11 150 Stück Rindvieh an Italien, 210 000 Kühe an Belgien und 5000 Zuchtschafe, 52 000 Zugschweine und 100 000 Kühe an Serbien, ins-gesamt 27 an Rindvieh von uns gefordert

100 000 Stiere

11 150 Stück Rindvieh

52 000 Zugschweine

und 810 000 Kühe.

Zuverlässigen Informationen zufolge hat die Reichsregierung gegen die Forderung bei der Wiedergutmachungskommission Protest eingelegt.

In dieser Forderung liegt das Ungeheuerlichste, was bisher an Kriegs- und Friedensmaßnahmen gegen das deutsche Volk verfügt worden ist. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche streng-

Mittele die ententistische Abnahmekommission im Frühjahr d. J. gelegentlich der ersten Viehlieferung gehalten hat, so bedeutet das die Forderung von Abgabe der 810 000 besten Milchvieh Deutsche...

Die Forderung der Entente ist tatsächlich ein brutaler Mordanschlag auf die deutschen Kinder und Frauen, bedeutet die Vernichtung der letzten, unbedingt notwendigen Existenzreserven für das deutsche Volk...

Das Ende der U. S. P.

Halle, 16. Oktober. Auf dem Parteitag der unabhängigen sozialdemokratischen Partei wurde ein Antrag Däumig-Stöcker, wonach der Parteitag die Bedingungen für den Eintritt in die dritte Internationale anerkennt...

Von nun ab gibt es keine Unabhängige sozialdemokratische Partei mehr, oder wenn man will, gibt es künftig zwei Unabhängige Parteien, wie die Reste eines in zwei Stücke geschnittenen Wurms...

Diese zuerst mit Ruhe angehörte Erklärung rief allmählich auf der linken Seite und noch mehr auf der Galerie immer lauter werdendes Geishe und Pfeifen hervor...

Der Zerfall einer so großen politischen Partei wie der U. S. P. D., die bei den letzten Reichstagswahlen nach der Sozialdemokratie als zweitstärkste aus der Urne hervorging, ist natürlich ein politisches Ereignis von allergrößter Tragweite...

Halle, 19. Oktober. Das Manifest des rechten Flügels der U. S. P., das einstimmig Annahme fand, fordert die proletarischen Massen zur sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung verschiedener Wirtschaftszweige auf...

Deutschlands Verpflichtungen.

Nach einer Meldung von Hollandisch Neumesbureau aus Paris gibt die Wiederherstellungskommission zu, daß Deutschland in den letzten zwei Monaten die Bedingungen der Spaer Abmachungen bezüglich der Kohlenlieferungen erfüllt hat...

Rebewohl, du deutscher Wald! In diesen Tagen begannen in Paris die Verhandlungen, in denen über die Kohlenlieferungen an die Entente auf Grund des Friedensvertrages beraten wird.

Die Wahlen in Oesterreich.

Wien, 18. Oktober. Soweit bis Mitternacht bekannt wurde, haben nach einer vorläufigen Schätzung bei den gestrigen Wahlen zur Nationalversammlung die Sozialdemokraten in Wien 8 bis 9 Mandate an die Christlich-sozialen verloren...

Die Jugoslawen in Kärnten.

Klagenfurt, 18. Oktober. Die jugoslawischen Truppen haben auf den Befehl der interalliierten Kommission, die von ihnen besetzte Zone A zu räumen, noch keine Antwort erteilt, aber das oberste Kommando im Laufe der Nacht in aller Stille gerückt...

Der englische Bergarbeiterstreik.

Reuter meldet aus London: Die Zahl der am Streik beteiligten Bergleute übersteigt eine Million. Schon dreien Anzeichen darauf hin, daß die zwangsweise Feiernden nach vielen Tausenden zählen werden...

Politische Rundschau.

Deutschland. Reichsregierung und Befolgsreform. Die Befolgsordnungen der Beamten sollten bis zum 31. Oktober nachgeprüft sein. Der hierfür eingeleitete Untersuchungs hat aber bis heute die Arbeit nicht durchgeführt...

Regierung, welche das für den Sommer angekündigte Material erst gegen Ende September zur Verfügung stellte und die eigentliche Regierungsvorlage heute noch nicht vorgelegt hat...

1 Million Provision in 15 Monaten als Nebenverdienst. Der Verein gegen das Bestechungswesen teilt mit, daß das Reichsfinanzministerium die sofortige Entlassung des Dr. Franz Mühlke aus seiner Stellung als Leiter der staatlichen Feuer- versicherungsstelle der Kriegsgesellschaften verfügt hat...

Der Kartoffelwucher.

Der demokratische Abgeordnete Erkelenz hat eine kleine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, in der er auf die zahlreichen Beschwerden über die hohen Kartoffelpreise aufmerksam macht und daß die Spiritus- und Schnapsindustrie die Kartoffeln zu Wucherpreisen einkauft...

Die Stadt Aachen hat die Kartoffelrationierung seit Sonnabend wieder aufgenommen.

Das Urteil im Kölner Pusch-Prozess.

In der Verhandlung vor dem Ausnahmegericht wegen des Pusches in Köln trat der Handelsmann Grimm als Zeuge auf, der bisher der RWD angehört hat, und erklärte, seine Partei, die über eine Kampforanisation in ganz Deutschland unter dem Deckmantel von Sportvereinen verfüge, habe den Kölner Pusch organisiert...

Vorübergehender Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Nach amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der Arbeitslosen am 15. September 405 879, am 1. Oktober 394 371. Es ist also ein Rückgang um 11 508, und zwar 4906 Männer und 6602 Frauen zu verzeichnen...

Ein alldentscher Zeitungskongress?

Die „Baseler Nationalzeitung“ erzählt aus einwandfreier Quelle, daß der bekannte Oberst Nicolai, der im Kriege die Pressebearbeitung des Generalstabes leitete, nun seine Tätigkeit wieder aufzunehmen beabsichtigt...

Kleine politische Nachrichten.

Von einem französischen Wosten wurde ein 18-jähriger Knabe aus Saarbrücken erschossen, der angeblich mutwilligerweise verurteilt, in ein Stallgebäude der ehemaligen Dragonerkaserne einzusteigen... Die interalliierte Rheinlandkommission verbietet das Tragen feldgrauer Uniformen durch Schutzleute...

Rußland.

Antibolschewistische Verschwörung in Sibirien. Das russische Blatt „Dobrowaja Pramba“ meldet, daß die von den Bolschewisten eingeleitete außerordentliche Untersuchungskommission in Sibirien weitverzweigte antibolschewistische Organisationen entdeckte...

Frankreich.

Deutschland zahlt alles.

In einer Ministerkündigung unter Vorsitz Millierands wurde der Voranschlag für 1921 beraten. Der Rat stimmte folgenden hauptsächlichsten Punkten zu: Für 1921 wird dem Parlament keinerlei Steuer vorgeschlagen. Die Ausgaben des ordentlichen Budgets wurden auf 22 027 Millionen Francs festgesetzt. Der Ausgleich im ordentlichen Budget ist durch den Steuerertrag hergestellt. Die Ausgaben des außerordentlichen Budgets belaufen sich auf 5499 Millionen Francs. Die Budgetausgaben, die durch die Ausführung des Friedensvertrages eingehenden Beträge gedeckt werden, wurden auf 16 375 Millionen Francs festgesetzt.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 18. Oktober.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet umständehalber nicht Donnerstag, den 21. Oktober, sondern am Dienstag, dem 26. Oktober, statt.

Achtung, Betriebskräfte! Die ausgegebenen Fragebögen sind umgehend an das Gewerkschaftssekretariat auszufüllen abzuliefern.

Achtung, kaufmännische Angestellte!

Die Wahl der Beisitzer zum Kaufmannsgericht findet am Dienstag, dem 19. Oktober von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und von 8 bis 9 Uhr abends statt. Wählt die Liste des Zentralverbandes der Angestellten, die Vorschlagsliste 2, die mit dem Namen Otto Weise beginnt. Gewählt wird im Restaurant „Bürgerverein“, im Klublokal „St. Lorenz“, im „Turnerheim“ und im Restaurant Hartmann in Rüdzig. Wahlberechtigt sind alle Kaufleute und Handlungsgehilfen beiderlei Geschlechts, die deutsche Reichsanghörige sind, das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Bezirk der Stadtgemeinde Lübeck ihre Handelstätigkeit haben oder beschäftigt sind und sich rechtzeitig einen Wahlberechtigungschein haben ausstellen lassen.

Zur Kartoffelerzeugung

wurde in einer heute vormittags stattgefundenen Sitzung des Landesversorgungsausschusses Stellung genommen. Senator Brome berichtete über die von der Kartoffelstelle getroffenen Maßnahmen zur Verhütung der Lübecker Verödung. Die Kartoffelstelle, die bekanntlich noch etwa 200 000 Zentner nach dem Verträge mit der Reichskartoffelstelle zu liefern hatte, lege den größten Wert darauf, daß nur gute lagerfähige Ware angeliefert würde. Nicht einwandfreie Kartoffeln seien zurückgewiesen und bessere verlangt worden. Um Käufer frei zu bekommen und durch längeres Lagern Verluste zu vermeiden, habe man beschloffen, auch an Private Kartoffeln zu verkaufen. Verkauft solle damit in den nächsten Tagen am alten Bahnhof beannonen werden. Leider sei es nicht möglich gewesen, für minderbemittelte Kartoffeln zu einem Preis von 20 bis 25 Mt. zu beschaffen. Die Ernte in der hiesigen Gegend wäre so schlecht ausgefallen, daß einzelne Landwirte selbst Kartoffeln zu kaufen müßten. Wenn in Mecklenburg und Pommern Kartoffeln zu 15 und 20 Mt. verkauft würden, so gelte dieser Preis nur für die dortige minderbemittelte Bevölkerung; ausgeführt würden zu diesem Preise keine Kartoffeln. Da viele Betriebe sich bereits eingezeichnet hätten, so glaube er, daß in Lübeck Kartoffelmangel nicht eintreten würde. Die Kartoffelstelle beabsichtige, die roten Kartoffeln für 35 Mt. pro Zentner abzugeben und die besseren Sorten entsprechend teurer zu berechnen. Im Durchschnitt stelle sich der Einkauf auf 36 Mt. pro Zentner. Der Verlust bei den roten Kartoffeln müsse bei den anderen Sorten wieder herausgeholt werden. Lauter sei in der Sache, die Landwirtschaftskammer hätte 60-600 Ztr. für 20 Mt. aufgekauft, die an Minderbemittelte abgegeben werden sollten. Herr wiederholte seine Erklärung aus der vorigen Sitzung, daß die Landwirte etwa 400 Zentner den Minderbemittelten unentgeltlich überlassen würden; 200 Zentner seien bereits eingegangen. Genosse Salomon kritisierte scharf den hohen Kartoffelpreis. In Mitteldeutschland sei der Preis niedriger als hier in Norddeutschland. Jetzt könne man sehen, welche Verteuerung der freie Handel zeitigt habe. Wenn die Kartoffelstelle die roten Kartoffeln abgeben wolle, so dürfe der Preis nicht 30 Mt., sondern höchstens 25 Mt. betragen. Demgegenüber erklärten andere Vertreter, daß der dadurch entstehende Verlust sehr hoch sein würde. Diese Frage könne nicht durch das Landesversorgungsausschuss erledigt werden, sondern müsse der Bürgerschaft vorgelegt werden. Da der Selbstkostenpreis sich auf 36 Mt. stelle und der Verkaufspreis, wie geplant, durchschnittlich 35 Mt. betrage, so müsse man schon mit Verlust rechnen. Die Finanzbehörde würde sich bei den schlechten Finanzverhältnissen weigern, den durch weitere Preisherabsetzung entstehenden Verlust zu tragen. Die bisher eingenommenen Kartoffeln seien auf ein Verderben sei nicht zu berufen. An der Farbe der Kartoffeln solle man sich nicht stoßen, denn die rote Kartoffel sei starkhaltiger als die weiße. Alle hier beanstandeten Lieferungen würden von Hamburg gern angenommen. Verloschen wurde dem Senat einen Bericht über die Kartoffelerzeugungssfrage zu übermitteln.

Dann kam die Preisherabsetzung für Brennstoffe zur Sprache. Man hielt die Ermäßigung von 1 Mt. pro Ztr. für zu gering, zumal der Brennwert seit 1. August um 1 Mt. gefallen und die Wasserfracht um 40 Pfg. ermäßigt sei. Auch gegen die hohen Fleischpreise, so forderte Genosse Salomon, müsse etwas unternommen werden. Nicht nur Fleisch, sondern auch Zucker, Pasterisiermehl u. a. würde fortwährend teurer. Diese Preispolitik könne so nicht weiter gehen. Der Verlust müsse demgegenüber auf die in Schleswig-Holstein eingeführte Ausfuhrverbot für Vieh, wodurch bereits eine Preisermäßigung von 2 Mt. und mehr pro kilo eingetreten sei. Man könne also bald auch in Lübeck mit einer Preisermäßigung rechnen. Zum Schluss wurde angeregt, die von den hiesigen Eisenbahnen hier kürzlich beschlagnahmten 2000 Saft Wagen, die vom Lübecker Bahnhof in Richtung über den Ostseebahnhof zu verladen, zu verladen. Dazu wurde berichtet, daß die Untersuchung in dieser Sache noch nicht abgeschlossen sei, man müsse das Rezultat abwarten.

Die Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 26. d. Mts., abends 8 Uhr, statt.

Unnützes Warten. Die ernsteste der sozialen Nöte ist, wie uns geschrieben wird, gegenwärtig ohne Frage die Wohnungsnot. Die behördliche Zwangswirtschaft, auch wenn sie noch strenger als bisher geregelt wird, kann diese Not nur mildern, aber nicht beseitigen. Dies kann allein durch den Neubau von Wohnungen geschehen. Bis wieder ein gesundes Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkte eintritt, wird man aber auch auf die Maßnahmen zur Milderung der Wohnungsnot nicht verzichten können, weil sonst die Verhältnisse völlig unhaltbar würden. Die Zwangswirtschaft, von niemandem gern gesehen, am allerwenigsten von den Stellen, die mit ihrer Durchführung beauftragt sind und ihre Schwierigkeiten daher am besten beurteilen können, hatte auf dem Gebiete des Wohnungswesens ganz rechtliche Verhältnisse im Gefolge. Abermals ist es...

allein, wenn sich Wohnungssuchende schon zur Nachmittags vor dem Wohlfahrtsamt aufstellen, um bei Beginn der Bureauezeit nicht etwa eine Wohnung, sondern nur einen Ausweis zu erhalten, der ihnen Anwartschaft gibt, noch an demselben Tage ihre Wünsche einem Angestellten des Wohnungsnachweises vorbringen zu können. Eine Nachprüfung der hierüber jüngst in einem Eingeladeten einer hiesigen Tageszeitung und auch in der letzten Bürgerchaftsitzung gemachten Angaben hat ergeben, daß sich einzelne Personen in der Tat schon alsbald nach Mittelnacht vor dem Wohlfahrtsamt aufgestellt haben. Die Nachprüfung hat aber auch ergeben, daß andere Personen, die sich nicht aufgestellt haben, die vielmehr erst nach Beginn der Bureauezeit auf dem Wohnungsnachweis erschienen sind, innerhalb kürzester Frist abgefragt sind. Die Maßnahmen auf dem Wohnungsbau sind, zumal jetzt, nachdem dem weiteren Hilfskräfte haben eingestellt worden können, so getroffen, daß ein langes Warten und insbesondere ein Warten vor Beginn der Bureauezeit durchaus überflüssig ist.

Statistischer Monatsbericht über Lübeck für den Monat September 1920. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes Ende August 117 456 Einwohner. Im September kamen 92 durch Geburtenüberschuß und 88 durch Wanderungsgewinn hinzu, so daß die Einwohnerzahl sich bis zum 30. September auf 117 633 hob. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahres): Geschlechtsungen 159 (142), Geburten 207 (239), Sterbefälle 115 (113), d. h. auf 1000 Einwohner für ein ganzes Jahr 16,2 Eheschließungen, 21,1 Geburten und 11,7 Sterbefälle. Unter den Geborenen waren 25 oder 12,1 Proz. (27 oder 11,3 Proz.) unehelich und 4 oder 1,9 Proz. (8 oder 3,9 Prozent) tot. Das Alter der Geborenen betrug in 23 (14) Fällen unter 1 Jahr und in 29 (20) über 70 Jahre. Todesursache war 16mal Krebs und je 10mal Krankheiten der Kreislauforgane und Lungentzündung.

Zur Auflösung der Ernährungsvereinigungen. Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Ernährungswesens ist, wie uns geschrieben wird, jetzt tatsächlich in Liquidation begriffen. Von den 38 Ernährungsvereinigungen, die am 1. April 1920 unter der Aufsicht des Nahrungsmittelministeriums standen, sind bisher folgende aufgelöst oder in Auflösung begriffen: Reichsfuttermittelstelle, Reichskommissariat für Fleischverarbeitung, Kriegsausschuh für Kasse und Tee, Zentralvereinigung der Reichsstellen für Gemüse und Obst, Reichsgesellschaft für Obst-Konserven und Marmeladen, Kriegsgesellschaft für Obstgemüse und Gemüse-Konserven, Kriegsgesellschaft für Sauerkraut, Kriegsgesellschaft für Weinobstverkauf, Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung, Landwirtschaftliche Betriebsstelle für Kriegswirtschaft, Kriegsfleischgesellschaft. Folgende Gesellschaften werden in Kürze in Liquidation treten: Reichsausschuh für pflanzliche und tierische Oele und Fette, Weinhandelsgesellschaft, Deutsche Transportzentrale, Reichsverteilungsstelle für Nahrungsmittel und Eier, Kriegsausschuh für Erläufuttermittel, Kriegsnahrungsmittelgesellschaft.

Urkundenfund. Ein für die Zeitgenossen interessanter Urkundenfund wurde beim Abbruch der Brauerei Nadenburg gemacht, die zu Mietwohnungen umgebaut werden soll. Die Arbeiter fanden im Mauerwerk eine Bierflasche, in welcher ein Schreiben folgenden Inhalts lag: Vivat den Mauern von 1876. Dieses Bauwerk wurde unter Leitung des Bauführers Felderreich von 5 Mauern und 3 Arbeitsleuten erbaut. (Folgen Unterschriften.) Die Maurer hatten der Urkunde ein Zwangspennaltag, ein Betrag, der dem damaligen Stundenlohn entsprach, beigefügt mit dem Wunsch, daß der Finder der Urkunde sich für den Betrag eine Flasche Rummel zur Erinnerung an die schon längst auf Strauß und Wiese gemordeten Kollegen schenken lassen sollte. Da die Brauerei frühzeitig abgebrochen werden mußte, sind verschiedene von den damals am Bau beschäftigten Leuten noch am Leben und werden mit Behmut an die damaligen guten Zeiten zurückdenken.

Ueber die Not der geistigen Arbeiter sprach Herr Dr. Dagermann am Freitag abend in der Aula der Ernestinen-schule. Zunächst behandelte der Redner in seinem Vortrage die allgemeine geistige Not des Volkes. Das alleinige Streben nach materiellen Werten nehme immermehr zu und schädige das geistige und kulturelle Leben stark. Handarbeit würde heute weit höher bemerkt als Geistesarbeit. Der Staat sei auf die geistigen Arbeiter angewiesen und müsse sie unterstützen. Sehr viele Geistesarbeiter hätten heute schwer mit Not und Elend zu kämpfen, nur der Idealismus halte manchen aufrecht. Auch in Lübeck sei die Lage der geistigen Arbeiter jämmerlich, wie eine Denkschrift des hiesigen Philologenvereins vom Mai 1919 beweise. Der Redner schilderte dann die Notlage der einzelnen geistigen Berufe. Von den Aerzten, Rechtsanwälten und Geistlichen befanden sich heute viele in bitterer Not. Die kaufmännischen und technischen Beamten hätten sich demgegenüber eine bessere Stellung erringen können. Von den heute studierenden jungen Leuten lebe ein ganz kleiner Teil in guten, ein weit größerer Teil in mäßigen und ungefähr ein Drittel von allen in den elendesten Verhältnissen. In Berlin habe sich ein Student in seiner Freizeit als Straßenreiniger verdingt, um das Geld für seinen Lebensunterhalt zu beschaffen, ein anderer leide für eine unabhängige Zeitung, Keitartikel, ohne dieser Richtung anzugehören. Zu den Kämpfern um die Existenz komme die Sorge um die Zukunft. Das Gehalt einiger wissenschaftlicher Assistenten betrage nur ein Viertel des Verdienntes eines Straßenkehrers. Auch die sogenannten freien geistigen Arbeiter: Schauspieler, Musiker, Schriftsteller, Redaktoren usw. würden vielfach schlecht bezahlt und geraten in Abhängigkeit vom Kapital. Zur Beseitigung dieser traurigen und bedauerlichen Zustände empfahl der Vortragende die Organisation aller Geistesarbeiter.

Die Beschäftigung Schwerbeschädigter. Der Reichsrat hat in seiner Sitzung am 14. Oktober einer Vorlage des Reichsarbeitsministeriums seine Zustimmung erteilt, nach welcher auch über den 22. Oktober hinaus eine Kündigung gegenüber Schwerbeschädigten nur mit Zustimmung der Hauptfürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebenen zulässig ist. Die Vorlage wird den Schwerbeschädigten in der Zeit der heutigen Wirtschaftskrise unbedingt den erforderlichen Schutz auf dem Arbeitsmarkt auch weitgehend zuteil werden lassen. Es kann erwartet werden, daß die Hauptfürsorgestellen die vorgeschriebene Zustimmung zu den Kündigungen nur in ganz besonderen Ausnahmefällen geben und daß im Hinblick darauf man in den Arbeitgeberkreisen auf Kündigungen zunächst verzichten wird.

Kavalerieerhöhung des Pochsenwertes. In der am Sonnabend stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre des Pochsenwertes Lübeck wurde das Grundkapital von 9 1/2 Millionen auf 17 Millionen Mark erhöht. Die neuen Aktien sollen am 1. Juli 1920 teilnehmen und zum Kurs von 167 1/2 Prozent an ein Komitium vergeben werden. Ueber die eine Hälfte der neuen Aktien will die Verwaltung das Verfügungsrecht behalten. Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurden für die ausscheidenden Lübecker Mitglieder auswärtige, meistens Berliner Herren gewählt. Anscheinend sind also die Aktien in auswärtige Hände übergegangen.

Die unständig beschäftigten Mitglieder der Ortskrankenkasse werden künftig sämtlich in der 3. Wohnklasse versichert. (Siehe Inserat.)

Herandgabe eines Verlehrsbandbuchs für die Tschecho-Slowaken. Der Handelskammer sind wichtige Mitteilungen über die Herausgabe eines Verlehrsbandbuchs für die Tschecho-Slowaken zugegangen, die von Interessenten in der Kanzlei der Handelskammer eingesehen werden können.

Anzeigepflichtige Krankheiten. 28 Fälle Diphtherie (gehoben 2), 13 Masern und 7 Typhus. Außerdem fanden von dem im August an Fluß und Woggenbüschel Ortswachen 3 Fälle.

Die Markt- und Warenpreise sind auf weiteren 9 Gehöften in Ringstedterhof, Wulsdorf, Kronsförde, Dissa, Kurau, Malendorfer und Wolding ausgedrohen.

Stadttheater. Dienstag wird zum ersten Male „Rosa Bernd“ wiederholt. Auf die Aufführung von „Robert“, Märchenoper von Thuille am Mittwoch machen wir aufmerksam.

Sonntags-Theater. Die „Carabassierin“ wird Dienstag in dieser Spielzeit in vollkommen neuer Einstudierung und Ausstattung in erster Besetzung gegeben.

Die Lübecker Schauspielergesellschaft bringt am kommenden Donnerstag ein packendes Filmdrama aus den Bergen nach dem Ganghofer'schen Roman „Der Edelweißkönig“. Dem Dumar wird durch ein Lustspiel und einen Trickfilm sein Recht. Werner hat der Männergesangsverein „Thalia“ einige Lieberorträge in Aussicht gestellt.

Wegen Verhaftung des Einbruchdiebstahls wurde ein in der Glockengießerstraße wohnhafter Maurer aus Herrendorf festgenommen. Der Festgenommene hatte 20 wertvolle Damenhandtaschen, die aus einem am 4. vor. Mts. in der Breiten Straße verübten Schaufelndiebstahl stammten, hier zum Verkauf angeboten. Der Festgenommene will zwar die Taschen von einem Unbekannten auf der Straße für 2000 Mark gekauft haben, doch erscheinen diese Angaben unwahr, vielmehr ist anzunehmen, daß er den Einbruchdiebstahl selbst ausgeführt hat. Die Taschen konnten wieder herbeigeschafft und dem Bestohlenen zurückgeliefert werden.

Einbruchdiebstahl. In der Nacht zum 15. d. Mts. sind vor dem Haupttor auf 8 verschiedenen Stellen Kellererbrüche ausgeführt worden, bei denen dem Diebe verschiedene Wäsche, Kasse, D. S. und E. S., sowie Früchte und Lebensmittel in die Hände gefallen sind. In derselben Nacht sind einem in Genth wohnhaften Arbeiter 15 Hühner aus dem Stall entzogen und an Ort und Stelle erschlagen worden. Der Geschädigte sichert für die Wiederherbeschaffung der Hühner beim für die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 100 Mt. zu.

Ermittelt und festgenommen wurde eine mehrfach verurteilte 22jährige Arbeiterin aus Schwartau, die einem Matrosen seine ganze Bauschaft, bestehend aus 1200 Mark, gestohlen hatte. Festgenommen wurde ferner ein Arbeiter aus Profeten (Ruff, Polen), der seinem Arbeitgeber eine größere Menge Inzitationsmaterialien gestohlen und dieses einem hiesigen Händler für billiges Geld verkauft hatte. Der Händler, der sich wegen gewerbmäßiger Heberei zu verantworten haben dürfte, wurde ebenfalls festgenommen.

Angrenzende Gebiete.

Kiel. Genosse Fröhlich gestorben. Der Tod hält reiche Ernte unter den Alten der Partei. Der frühere Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ und jetziger Parteisekretär des 2. Unterbezirks der Provinz Schleswig-Holstein, Genosse Oskar Fröhlich, ist nach einmonatiger Krankheit verstorben. Auch Genosse Fröhlich hat sich in dem Kampfe für die Interessen der Arbeiterschaft viele Wunden geholt. Nicht weniger als vier Jahre mußte er hinter schwedischen Gardinen verbringen. Das hat ihn aber nicht vom rechten Wege abbringen können. Mangel hat er freu zur Partei bis zum letzten Atemzuge gestanden. Ehrendes Andenken ist ihm gewiß.

Delmenhorst. Eine fünfzehnjährige Hochschülerin. In Delmenhorst wurde ein fünfzehnjähriges Mädchen verhaftet, das seiner Tante in Leipzig 200 000 Mark gestohlen hatte. 120 000 Mark hatte die diebstahlsverdächtige bereits mit einem Liebhaber verbraucht.

Neueste Nachrichten.

Sinowjew und Sosnowski ausgewiesen.

III. Berlin, 18. Oktober. Wie die „Welt am Montag“ erzählt, sind der Vorsitzende des Exekutivkomitees der dritten Internationalen, Sinowjew, und der Vertreter der russischen Gewerkschaftsverbände, Sosnowski, aus Berlin ausgewiesen worden. Sosnowski wollte sich nach Dresden und Stuttgart begeben, um von Süddeutschland aus mit italienischen Bolschewisten Fühlung zu nehmen. Da ihm vorläufig inoffiziell mitgeteilt worden ist, daß die italienische Regierung ihm die angeforderte Einreiseerlaubnis verweigere, will Sosnowski nun nach Hamburg zurückkehren, um von dort Deutschland zu verlassen. Sinowjew wird aller Wahrscheinlichkeit nach Berlin in den nächsten 24 Stunden noch nicht verlassen, da er krank ist.

Die Polen drohen.

Warschau, 18. Oktober. Nach der Telegraphenunion hat die polnische Regierung eine Erklärung veröffentlicht, die die feindselige Ansicht der Polen bekräftigt und sich gegen Schikanen wendet, deren die polnische Bevölkerung der ehemals österreichischen Provinzen sowie in Rheinland und Westfalen ausgelegt seien. Das polnische Konsulat in Königsberg habe dem Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen erklärt, daß im Falle weiterer unrechtmäßiger Ausweisungen von Polen aus Deutschland eine ebenso große Anzahl preussischer Bürger, die in den ehemals preussischen Gebieten wohnen, Polen zu verlassen haben. Eine entsprechende Liste sei bereits zusammengestellt. Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Saniel, erklärte dem polnischen Gesandten in Berlin, daß gegen die Personen, die an den bekannten antipolnischen und französischen Hebergreifen in Bessarabien beteiligt waren, eine strenge Untersuchung eingeleitet worden ist.

Konferenz der europäischen Ministerpräsidenten.

III. London, 18. Oktober. Der Vertreter des „Journal“ in London berichtet: Man schreibt Lloyd George die Absicht zu, eine neue Konferenz der Ministerpräsidenten zusammenzubekommen, an der nicht nur die alliierten Ministerpräsidenten, sondern auch die von Deutschland, Österreich und Bulgarien teilnehmen sollen. Nach dem „Evening Standard“ würden zu dieser Konferenz die Ministerpräsidenten aller europäischen Staaten eingeladen werden.

Es bleibt bei Genf.

III. London, 18. Oktober. Einer Rentiermeldung zufolge sind die französische, englische und belgische Regierung einmütig der Meinung, daß es wünschenswert ist, in Genf eine Konferenz abzuhalten, um mit den belgischen Delegierten über die Entscheidung in Genf zu beraten.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: August Schulz. Verlagsgesellschaft Dr. Steinberg, Dr. Friedrich Meyer & Co. Lübeck.

Billiger Oktober-Verkauf im Holzsteinhaus!

Hemdentuche, gute kräftige Qualitäten	Jetzt m 17,50 u.	1450
Hemdennessel, starkfädig, ca. 88 cm breit	Jetzt m 19,50 u.	1550
Handtuchstoffe, Gerstenkorn und Drell	Jetzt m 13,25 u.	1050
Schürzenstoffe, helle und dunkle Streifen	Jetzt Meter	1850
Hemden-Barchende, doppelseitig geraut, ca. 80 cm breit	Jetzt m	1750
Bw. Blusenflanelle in schönen Streifen	Jetzt m	2150
Kleider- und Blusenstoffe in aparten Streifen	Jetzt m 39,00 u.	2900
Hauskleiderstoffe, doppelt breit, in vielen Farben	Jetzt m 35,00 u.	2750
Kostüm- und Rockstoffe, zirka 120 cm breit	Jetzt m 75,00, 49,00 u.	3950
Reinwollene Kammgarn-Serge in versch. Farb., ca. 100 cm br.	Jetzt m	9500
Herren-Stoffe, ca. 140 cm breit, gediegene Qualität	Jetzt m	7500
Mantelstoffe, ca. 140 cm breit, flauschartig	Jetzt m 75 00 u.	4500
Kleiderseiden, doppeltbreit	Jetzt m	6900
Crepe de chine in vielen Farben, ca. 100 cm breit	Jetzt m	9500
Blusen-seiden in modernen Streifen	Jetzt m	2950

Warme Winterblusen
aus gestreiftem Velour-Barchend
moderne Machart **3950**

Erstlings-Jäckchen aus ungebleichtem Nessel	Jetzt	95
Erstlings-Hemden aus gutem Hemdentuch	Jetzt	285
Damen-Untertaillen a. Ia. Wäsche-tuch m. breiter Stickerei	Jetzt	2400
Damen-Taghemden, verschied. Ausführung	Jetzt 47,50 u.	4400
Büstenhalter feines Trikotgewebe	Jetzt	2250
Drell-Korsette, lange Form, mit Gummihaltem	Jetzt	5300
Damen-Zierschürzen, weiß, mit Stickerei	Jetzt 17,50 u.	1350
Damen-Blusenschürzen aus gemastert. u. gestr. Stoffen	Jetzt 42,75 u.	3650
Damen-Trägerschürzen, Wiener Form	Jetzt	3850

Deutsche Teppiche
aus reinem Material — erprobte Qualitäten — schöne Muster
Gr. **285** Gr. **325** Gr. **550**
8/4 10/4 12/4

Im Zusammenschluss mit 240 gleichartigen Geschäften können wir durch schärfste Ausnutzung aller sich ergebenden Einkaufsvorteile stets Außerordentliches bieten.

Die Stärke unseres Hauses liegt in den anerkannten Vorzügen aller unserer Waren und in den sprichwörtlich gewordenen billigen Preisen

Unsere Damen-Konfektionsabteilung bringt auch jetzt wieder zum Herbst den Beweis ihrer absoluten Leistungsfähigkeit — Elegante, kleidsame Modelle, tadellose Stoffe und Zutaten, erstklassige Verarbeitung, selbst in den niedrigen Preislagen, sind die überragenden Merkmale unserer Damenkleidung.

Immer wird darum die sorgsam wählende Dame vorab bei uns nach Passendem suchen und wohl auch stets das Vorteilhafteste für sich finden.

Stehumlegkragen, weiß	Jetzt 8,75 und	650
Stehkragen, unsortierte Weiten	Jetzt	185
Herren-Krawatten, Selbstbinder, Schleifen bzw. Regatta	Jetzt 12,50, 575,	185
Herren-Strickschals mit Fransen	Jetzt 27,50 u.	1650
Kinder-Gamaschen, schwarz	Jetzt, Paar	1250
Damen-Strümpfe, gestrickt Halbwole	Jetzt	2250
Damen-Strümpfe, englisch lang, schwarz	Jetzt 11,50 u.	950
Herren-Socken schwarz gestrickt	Jetzt Paar	1175
Püßlinge für Damen-Strümpfe, schwarz	Jetzt Paar	575
Korsettschoner, weiß gestrickt	Jetzt	750
Untertaillen, gewirkt, mit kurzen Ärmeln	Jetzt	1650
Damen-Hemd-hosen, weiß, gestrickt	Jetzt	3450
Damen-Schlupfhosen, Trikot, schwarz u. farbig	Jetzt 34,50	2450
Damen-Westen, gestrickt, schwarz	Jetzt 17,50	1650
Kinder-Höschen, weiß und grau	Jetzt 12,50, 10,50	275
Kinder-Hemd-hosen, weiß u. grau	Jetzt 19,50 u.	1275

Damen-Strick-Flauschjacken
schwere Winter-Qualitäten, moderne Ausführung **275 00**

Kinder-Strickmützen, weiß und farbig	Jetzt 13,00, 11,00	650
Kinder-Sweater, verschied. Größen	Durchweg	950
Herr.-Unterhosen, Trikot	Jetzt	1975
Herren-Hemden Trikot mit farbigem Einsatz	Jetzt	4850
Kopfschals für Damen dunkelfarbig	Jetzt	975
Tüllgardinen 2seit. gebändert	Jetzt m	1375
Küchen-Gardinen bunt, vorzüglich waschbar	Jetzt m	825
Galerie-Borden Blumenmst.	Jetzt m	975
Bettvorleger gestreifter Zellstoff	Jetzt Stück	1375

Diwan-Decken
aus schweren Gobelinstoffen, moderne und antike Muster mit Fransen
durchweg **298** M

Ueberlegen Sie heute, was Sie für die kommende Zeit brauchen, und kaufen Sie jetzt Ihren Herbst- und Winterbedarf für geringes Geld im

Holzsteinhaus
Kärsch

Sozialdemokratischer Parteitag zu Kassel.

Fünfter Tag.

Kasse 1, 15. Oktober 1920.
Vorstand Hermann Müller teilt mit, daß der Parteivorstand um zwei Sekretäre verstärkt werden soll. Er soll in Zukunft aus 10 Mitgliedern bestehen.
Leuterich-Hamburg schlägt auf Antrag der Kontrollkommission vor Wels und Hermann Müller als Parteisekretäre, Adolf Braun, Möllenbush, Pfannkuch, Krüger-Berlin, Stellung-Schwerin und Frau Zuchacz-Berlin. Es sollen außerdem 6 Beisitzer gewählt werden.
Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung:

Das Parteiprogramm.

Referent Adolf Braun verweist zunächst auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die seit Aufstellung des Erfurter Programms in Deutschland eingetreten sind. Wir müssen prüfen, ob das Programm noch den heutigen Verhältnissen entspricht. Wir lassen aber nicht den heiligen Geist von Moskau über uns ergehen, sondern aus dem Willen, der Überlegung, den Erfahrungen und Hoffnungen der deutschen Arbeiterwelt soll das neue Programm hervorgehen. Wir wollen ein neues Programm aufstellen, nicht nur für die Partei, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Wir fühlen uns als Bannerträger der gesamten deutschen Arbeiterklasse. So klar wie die Notwendigkeit eines neuen Programms sehen, so deutlich empfinden wir die Schwierigkeit dabei. Wir wollen unsere letzten Hoffnungen nicht aufgeben, aber wir müssen auch der Realität der Tatsachen und der Entwicklungsrichtung, die heute auch der Weisheit der Weisen zumal unter dem Druck des Verfallens Diktats nicht klar zu erkennen vermag, Rechnung tragen. Auch sind in der Arbeiterbewegung mancherlei Strömungen, die sich nicht auf eine Linie bringen lassen. Wir haben uns vorgenommen, bis zum 1. April kommenden Jahres das Parteiprogramm fertig vorzulegen, aber vielleicht sind die Schwierigkeiten so groß, daß wir diese Arbeit zu leisten nicht imstande sind. Als das Erfurter Programm entstand, waren wir nur Objekt der Gesetzgebung; heute sind wir Subjekt. Heute müssen wir ein Programm schaffen für unser eigenes Wirken und Entscheiden. In zahlreichen Gemeinden haben wir die Mehrheit; in den meisten Ländern sind wir die stärkste Fraktion. Neben uns ist die unabhängige sozialdemokratische Partei entstanden. Das neue Programm wird länger sein als das Erfurter. Wir brauchen ein besonderes Frauenprogramm, ein Schulprogramm, ein Gesundheitsprogramm, ein Arbeiterjugendprogramm und mehrere nach den Größenklassen der Städte verschiedene Kommunalprogramme. Unser Programm wird auch für die künftige Gestaltung der deutschen Politik von praktischer Bedeutung sein, wenn es sich wieder um den Eintritt unserer Partei in eine neue Koalitionsregierung handelt. Unbedingte Einigkeit herrscht über unseren Friedenswillen und unseren Haß gegen jeden Revanchepensan. Das Erfurter Programm bestimmte die wirtschaftliche Entwicklung ganz im Geiste von Karl Marx. Heute trifft seine Schilderung, insbesondere der kommenden Entwicklung, nicht mehr ganz zu. Zur Hoffungslosigkeit liegt kein Anlaß für uns vor, aber das neue Deutschland muß eine ganz andere Wirtschaft haben, als das alte. Die deutsche Arbeiterschaft muß auch die Herrschaftsgewalt über die Volkswirtschaft haben. Das Erfurter Programm war ein Programm für Industriearbeiter. Ueber diese engen Grenzen sind wir heute hinausgewachsen, wenn die Partei auch niemals vergessen hat, daß die Industriearbeiter Kern und Macht und große Zahl unserer Partei sind. Möglicherweise werden wir zunächst nur zur Aufstellung eines Aktionsprogrammes kommen, wenn wir uns auch bemühen werden, unsere Aufgabe in vollem Umfange zu lösen. Wir müssen mit aller Gründlichkeit und Geschicklichkeit in weitestgehender Diskussion die Programmfragen prüfen und monatelang alle Kräfte unserer Partei zu intensiver Mitarbeit heranziehen. Wer jetzt durchaus ein Aktionsprogramm haben muß, der findet in den Beschlüssen unserer letzten Parteitage das Gewünschte. Zu den großen Programmen kommen die Nebenprogramme, so ein Altersprogramm, vielleicht auch ein Programm für die Industriearbeiter, das mit dem allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ausarbeitbar wäre. Vielleicht arbeitet auch die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer bis zum nächsten Parteitag ein sozialdemokratisches Schulprogramm aus. — Wir sind die Erben, die sich nach Krieg und Revolution ein neues Programm schaffen.

Gelingt es, so wird das ein Vorbild für die Bruderparteien des Auslandes sein. Praktisch wird die Revision des Verfallers Friedensvertrages im Vordergrund unserer Betrachtungen stehen. Wir werden diese Revision betreiben auch im Interesse der Siegersoldaten, die auch zugrunde gehen müssen, wenn sich die Staaten nicht entwickeln können, die durch ihr Monopol ausgebeutet werden. Auch bei dieser Programmarbeit muß nüchterne Klugheit herrschen. Darum bin ich auch für den Schnapsbottel. (Gelächter.)

Zur Beratung des Parteiprogramms soll noch auf diesem Parteitage eine Kommission von sieben Mitgliedern eingeleitet werden und sich konstituieren. In spätestens Monatsfrist soll unter Heranziehung von etwa fünfzehn anderen Parteimitgliedern in Berlin eine Konferenz tagen, welche die Abgrenzung, den Plan und die Einteilung der Arbeit zu bestimmen hat. Die Konferenz soll spätestens Mitte 1921 wieder einberufen werden. Ihr soll der neue Programmentwurf zur Begutachtung vorgelegt werden. Die Programmkommission soll das Recht zur Bildung von Unterkommissionen sowie zur Heranziehung von Sachverständigen haben. Wir werden gern den Rat des Genossen Eduard Bernstein hören, halten es aber für besser, wenn er der Kommission selbst nicht angehört. Angehört sollen ihr der Leiter der „Neuen Zeit“ Cuno, Dr. Adolf Braun, Grabnauer als intellektuelle Vertreter, die Genossin Pfüls als Vertreterin der Fraueninteressen, als Vertreter aus der Arbeiterschaft die Genossen Möllenbush, der schon 1875 an dem Einigungsprogramm hervorragend mitwirkte, Genosse Hermann Müller, Potsdam, der sich durch seine historischen Schriften über die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hervorragend verdient gemacht hat, schließlich Genosse Reil, der Sachverständige für Steuer- und Wirtschaftsfragen. Möge dem Werke ein glänzender Erfolg beschieden sein.

Georg Schmidt-Berlin behandelt die

Richtlinien der Agrarpolitik.

Unser Agrarprogramm hat eine fertige Lösung noch nicht gefunden, sondern bisher nur Richtlinien aufgestellt. In ihrer Spitze steht die Forderung auf Schaffung einer auskömmlichen und geistigen Erntung für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung. Alle Bestrebungen auf Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung sind zu fördern. Die zur Gemeinwirtschaftlichen Betriebe sind zu sozialisieren — der Arbeiter des Grund und Boden ist verpflichtet, die Bearbeitung und Ausnutzung seines Bodens im Dienste der Allgemeinheit zu vollziehen. Verstaatlichung von Grund und Boden bedeutet noch nicht Sozialisierung, dazu gehört auch die sozialistische Betriebsweise. Eine oberflächliche Beurteilung meint, die Landarbeiter könnten die genossenschaftliche Bewirtschaftung der Güter schon heute übernehmen. Ich beweise das. An die Stelle des einen Unternehmers würde nur eine Vielzahl von Unternehmern treten. Die Betriebsgrößefrage hat noch immer nicht gelöst werden können. In Betracht zu ziehen sind dabei Bodenbeschaffenheit, Klima, Art der Bodenbearbeitung und die Verkehrsverhältnisse. Ungeklärt ist auch die Frage der rationellen Betriebsart. Die Verstaatlichung des Großgrundbesitzes darf auf keinen Fall unsere Lösung werden. Wir sollten es überhaupt unterlassen, die Frage der Betriebsgröße grundsätzlich empfinden zu wollen. Die Verstaatlichung des flächen Säckers muß sozialisiert werden. Ein Beaufsichtigungsrecht des Staates über die landwirtschaftlichen Betriebe ist eine Notwendigkeit. Eine Nichtbearbeitung oder eine unwirtschaftliche Verwertung muß die Enteignung nach sich ziehen. Sollte der Staat ein Wirtschaftsentwicklungsrecht gehabt, es wäre die Zwanzwirtschaft nicht zusammenzubringen. (Sehr richtig!) Die Spekulation mit fort- und landwirtschaftlichem Grundbesitz muß unterbunden werden. Bei der Landarbeiterschaft besteht noch nicht das Verlangen, sich in einem eigenen Heim anzusiedeln. Wenn in der Nähe der Städte der Industrieregionen Siedlungen entstehen, so ist schon viel erreicht. Von besonderer Wichtigkeit sind der Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens, die Heranführung der ländlichen Bevölkerung mit Licht, Kraft und Wasser. Wir müssen alles unterstützen, was zur Bodenverbesserung beiträgt. Manche Verbesserungen werden der ländlichen Bevölkerung geradezu ausgenommen werden müssen, das erkennen auch hervorragende Vertreter der Agrarwissenschaft durchaus an. Ohne diesen Zwang kann die landwirtschaftliche Produktion nicht gesteigert werden.

Wir fordern baldigst Stellung aller Wälder unter Staatsaufsicht. Boden, der sich zur Landwirtschaft eignet, darf nicht aufgeforscht werden; umgekehrt muß aufgeforscht werden, wo geeigneter Waldboden vorhanden ist. Wir fordern die Ausschaltung des Zwischenhandels und genossenschaftliche Organisationen beim Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Der Zwischenhandel hat sich selbst sein Urteil gesprochen. Die Verbindung der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den städtischen Konsumvereinen ist zu fördern. Die schlechten Wohnungsverhältnisse auf dem Lande müssen verbessert werden. Wo gute Wohnungsverhältnisse bestehen, gibt es keinen Arbeitermangel. Wir fordern weiter einen weitgehenden Pachtzins vor übermäßiger Ausbeutung durch den Pächter, Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge. Ferner die Einrichtung von Arbeiterschlichtergerichten, kurz, alles fordern wir, was die Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter mit den übrigen Arbeitern fördern kann. Das Betriebsrätegesetz muß auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter Geltung haben. Wir fordern die Errichtung von Landarbeitergerichten und Einrichtungen zum Schutz der Frauen und Kinder. Ferner eine zuverlässige Land- und Forstwirtschaftsstatistik.

Auer-München: Die Agrarkommission, die sich mit der Agrarfrage befaßt hat, hat vieles noch unausgeklärt gefunden und sämtliche vorliegenden Anträge als noch so verbesserungsbedürftig anerkannt, daß sie sich entschlossen hat, die Zurückziehung aller dieser Anträge einstimmig zu empfehlen. Ebenso schlägt die Kommission vor, das in den Anträgen enthaltene wertvolle Material für das künftige Programm mitzuerheben. Endlich empfiehlt die Kommission von einer Debatte über die Richtlinien heute Abstand zu nehmen. — Diesen Vorschlägen der Agrarkommission tritt der Parteitag bei.

Die Debatte beschränkt sich danach allein auf das

Parteiprogramm

Lauflötter-Hamburg vermißt im neuen Programm einen starken Hinweis darauf, daß unsere Bewegung eine Kultursozialistische ist. Der Kultursozialismus hat allerdings zur Voraussetzung eine gründliche Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens. Wir lehnen den autoritativen, aber auch den autoritätslosen Sozialismus an und bleiben Sozialdemokraten. Die prophezeienden Ausblicke in die Zukunft müssen wegfallen, keine Verprechungen, keine Illusionen, sondern nur feststehende Tatsachen dürfen in unserem Programm enthalten sein. Leider ist die deutsche Arbeiterklasse seit Jahrzehnten mit unerfüllbaren Versprechungen erfüllt worden, und man hat in ihnen einen Apetit hervorgerufen, der nicht befriedigt werden kann. (Anrufen, Widerspruch.) Das Programm muß auch scharf die Anwendung der Gewalt zur Erreichung unseres Zieles ablehnen. Die Sprache des Programms muß klar und deutlich sein. (Beifall.)

Maentig-Salle: Wir müssen die Vernachlässigung der Erziehung des neuen Beamtenums endlich überwinden. Keine Bürokratie reiert sich selbst. Das Erfurter Programm hatte eine wissenschaftliche Grundlage. Die Wissenschaft aber ist ständig im Fluß, vor allem die Gesellschaftswissenschaft. Das neue Programm kann deshalb nur von unserem sozialdemokratischen Kulturideal ausgehen. Nur so können wir die Kapitalisten gewinnen, die angewandt sind von dem materialistischen Treiben der bürgerlichen Parteien.

Dr. Knack-Hamburg: Das Gesundheitswesen muß in dem Sinne politisiert werden, daß überall Männer und Frauen mitarbeiten, die das Vertrauen der Massen haben. Auch die Beamtenfragen müssen größere Berücksichtigung als bisher im neuen Programm erhalten. Den Frauen muß das Recht auf gleichen Lohn und Mutterschutz gesichert werden. (Beifall.)

Möllenhuth: Ein Wiederbauf ist nur möglich, wenn wir in unserem Programm klare Richtlinien über unser Ziel aufstellen. Das Programm muß bestimmen, wie wir die Republik auszustatten wollen. Hoffentlich kommen wir zu einem Programm, das Arbeit für Jahrhunderte leistet. (Lebhafter Beifall.)

Eduard Bernstein-Berlin: Wir brauchen kein Aktionsprogramm, wir haben genug Aktionsaufträge, Aktionsvorschläge und Aktionsabsichten. Das neue Programm soll nicht prophezeien, aber das Wesen der Gesellschaft und ihre Entwicklungsstadien kennzeichnen. Wir müssen ein Programm haben, das in knappen Sätzen Erkenntnis und Wichtigen der Partei zusammenfaßt. Daran müssen sich dann die Einzelprogramme anschließen. Grundlage müssen Marx und Engels bleiben, aber wir müssen uns vor der Marxschen Scholastik hüten. Auch hat Marx zu verschiedenen Zeiten in verschiedener Sprache vertrieben. Das gilt namentlich für die Frage Demokratie und Diktatur. Marx und Engels kannten noch keine wirkliche Arbeiterpartei, sie hatten noch nirgends die schöpferische Kraft der Demokratie wirklich am Werke gesehen. —

Jesus von Holthausen.

Roman von Wilhelm Lennemann.

21. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Ich halte Sie für keinen Lumpen und keinen Betrüger. Ihre Augen sehen nicht danach aus. Sie hatten an dem Mädchen anzuknagen. Mag auch ein Stück Liebe dabei sein. Ich weiß es nicht; weiß auch nicht, ob das zu einer Heirat laßt. Mein Kind aber kann sie darum doch nicht wieder sein, und Hoffnungen hab ich auch nicht zu machen! Sie kriegt ihren Kram zur Hochzeit und da ist Schluss!

Ich trage nicht Verlangen nach dem Hofe, entgegnete der Lehrer ebenso bestimmt, ich habe mein Amt und zwei Hände, die auch zu arbeiten wissen.

Da wären wir uns also einig! Dann holte er aber doch eine Flasche aus dem Wandschrank und füllte zwei Gläser.

Ihr sollt doch nicht sagen, Ihr hättet bei mir vorgeschlagen und ich hätte Euch trocken vom Hofe gehen lassen! — Wohl bekommen's!

Da er dann den Lehrer zum Hofort begleitete, sah er ihn noch einmal besinnlich an und sagte selbstlich und gutberzig: Ich glaub', Ihr seid doch ein braver Kerl, Schröder! — Na, setzt zu, und wenn alles wohl geht, nächst schauen wir einmal zu und sprechen noch darüber! Gehabt Euch wohl!

Am selben Nachmittag ging der Lehrer auch noch zum Pfarrer und teilte ihm mit, daß er beabsichtige, in wenigen Wochen mit der Eise Korrespondenz wie Ehe einzugehen, und hat um die sonntägliche Verkündigung von der Kanzel.

Der Pfarrer stand mit einem Auauf. — — — Also doch!

Er faltete die Hände auf dem Rücken und ging einige Male im Zimmer auf und ab. — Ich habe von dem Vergehen des Mädchens gehört, die Meinungen über den Mitschuldigen gehen auseinander. Die einen nennen den Ingenieur, die anderen Sie als den Sünder. Es scheint mir aber nun, als ob die letzteren recht hätten!

Er blieb vor dem Lehrer stehen, als erwartete er dessen Antwort und Geständnis.

Herr Pfarrer, Ihre Schreibstube ist kein Kanossal! Ich bin lediglich gekommen, um Ihnen die formelle Mitteilung meiner beabsichtigten Bereinigung zu machen.

Ihr Dünkel macht uns Maßlose; aber seien Sie gewiß, es wird alles gemogen werden, halbe gemogen werden, Herr Lehrer.

Und er wandte sich um: Ist das die gepriesene Moral Ihres Christentums?!

Na, das ist mein Christentum und meine Moral; und meine Tat lasse ich mir von niemand beschmücken! Die Erinnerungen an den Tag meiner Ehefeier sollen rein sein, und darum muß ich Sie fragen, Herr Pfarrer: Werden Sie auf die Befolgung einiger unschönen kirchlichen Gebräuche bei der Einsegnung meiner Braut bestehen? Da darüber wohl keine bindenden Bestimmungen vorhanden sind, sondern dies dem Gutdünken und dem Taggefühl des Pfarrers überlassen bleibt, muß ich danach fragen.

Ihre Braut würde selbstverständlich ohne Scheiter und ohne Kranz vor dem Altar treten müssen; der überlieferte Brauch der Kirche ist mir heilige Pflicht!

— Und Sie würden es natürlich auch für Ihre Pflicht halten, in der Einsegnungsrede die Hinweise auf Sünde und Buße nicht vergessen und uns ein besonders kräftiges Wortlein über Ehe und Moral sagen?

Meine Worte unterstehen Heer Jesus! nicht! brauchte der Pfarrer auf, was ich zu sagen für nötig halte, werden Sie hören und sich hoffentlich zu Gemüte führen.

Ich danke Ihnen, Herr Pfarrer, für Ihre Offenheit. In diesem Falle halte ich es nämlich für angebracht und christlicher, auf die Einsegnung durch die Religion, die sich die Religion der Liebe nennt, zu verzichten!

Sie wollten — — —
Ja, ich bedenke mich mit der standesamtlichen Trauung zu bemühen. Guten Tag, Herr Pfarrer.

Dem Lehrer war frei und froh zu Mute, seine Augen wurden hell und bekamen einen sichten Glanz. Doch ward er darum nicht kurzschichtig. Er sah Widerstände, die niedergestritten, Berge, die noch übergangen werden mußten, ehe er in seine stillen blühenden Gärten treten konnte. Aber er fühlte auch Kräfte in sich wachsen, die stark und zähe genug waren, einen aufgedrungenen Kampf mit Ehre zu bestehen; er fürchtete sich nicht, in Dornen zu greifen, wenn anders die blühenden Rosen nicht zu brechen waren.

Er überdachte reiflich, was er getan und was fürder noch zu tun war. Er ging scharf mit sich ins Gericht; aber da erkob sich keine anklagende Stimme, die ihn der Heberei oder eines Heilstrittes zeh. Und das Bewußtsein, Recht getan zu haben, gab ihm ein ruhiges gutes Gewissen, damit sah er allen drohenden Stürmen gefast entgegen.

Werde dich nach dem Examen in ein anderes Dorf oder in die Stadt, rief sein Vater. Der Pfarrer will dir nicht wohl; hete Reibungen und Mißbilligungen werden dir dein Leben und auch deinen Gedankensinn verbittern!

Ich frage nicht!
Du mußt dich viel lernen und auch nachgeben müssen, mein Junge, wir können uns unter Dornen nicht hinwimmeln, wie's uns besagt. Die Welt spricht auch ein Wortlein mit, und du steckst in ihr.

Du bist nur ein Mädchen im Getriebe und mußt dich einordnen. Laß dich abschleifen und du läufst mit.

Wo Konfessionen ohne Ausopferung lebenbedingender und lebenspendender Grundkräfte gemacht werden können, mag es angehen; aber in einen Sumpf kann ich mich nicht verpflanzen lassen!

Die Neugierigkeit von der baldigen Heirat sprach flackernd durch das Dorf. Die Weiber standen an den Hintertüren und riefen sie sich kisternd zu.

Der Jesus, da steht man, was das für ein Heiliger ist.

Wer Jodel vom Herrgott spricht, der hat ihn nimmer!

Und: Da seht ihr, daß ich recht hatte, brüstete sich der Dorfweile.

Nur wenige Bauern fanden ein Wort der Entschuldigung für den Lehrer. Sein Fall schmerzte sie ein wenig, enttäuschte sie zum mindesten sehr.

Er hätte sich nicht so hoch stellen dürfen! Aber nun, er macht sie ehrlich; da ist der Schaden repariert.

Andere aber gönnten ihm auch die Schonung nicht: Ja, wenn der Bauer und der Pastor nicht wären!

Kaft alle empfanden eine sichtlich Freude, daß auch der Jesus hatte fallen können.

Er ist halt nicht anders denn wir! Ja, das wars, sie waren froh, ihm den stolzen Sticker seiner Besonderheit gründlich zerzaufen zu können.

Der Lehrer hatte mit dieser dörflichen Enttäuschung gerechnet. Er hatte aber trotzdem seine Braut und auch die beiden Eltern gebeten, dem Gerüchte nicht zu widersprechen.

Das Kind soll seinen Vater haben, sagte er schlicht, und ich will als kein Vater gelten; seine Jugend soll ihm nicht verbittert werden. Ein böses Wort ist ihm leicht zugerufen, und das haftet dann wie mit Widerhaken, und kein Arzt zieht ihn wieder heraus! Die Jugend ist eine Rüstigkeit, die soll ihm kein Freiwort beschmücken!

Du nimmst eine fürchterlich schwere Last auf dich!

Ich weiß es, Mutter, und viele werden irre an mir werden; aber es muß sein. Die angebliche Kindesseele gilt mir mehr denn ein heimlich Lüderwort, das man mir nachsagt. Ich werde mein Boot schon durch die Stürme leiten; ich komme schon wieder in ruhigeres Fahrwasser.

Dann sprach er mit Frau Langlöcher, die seine Schulwohnung inne hatte. Der 15. war verstrichen; nun konnte er der Frau erst am kommenden Ersten Kindtan; und dann wurde die Wohnung erst am übernächsten Ersten frei. Aber da mußte noch erst wieder gereinigt, tapeziert, gestrichen und geflickt werden! Da sträßen nutzlos stehen bis acht Wochen hin.

Da Weiden wir die ersten paar Wochen bei den Eltern! entschloß er, und plätsch dann in unter Kost!

Fortsetzung folgt.

Ein Teil der Industriearbeiter muß in die Landwirtschaft abwandern. Wir müssen ihnen allerdings dort ihre Teilnahme am Kapitalismus sichern. Der Revisionismus, auf den Genosse Braun antwortet, hat noch andere Väter gehabt, (Hertefeldt) aber der größte Revisionist ist die Zeit. Wir haben alle längst unsere Auffassungen revidiert. (Braun ruft: Die Revolution hat sie revidiert.) Wir sind den Realitäten näher gekommen. Die neue Richtung wird in unserem neuen Programm mit voller Stärke zum Ausdruck kommen. (Beifall.)

Dr. Diez-Karlsruhe: Insehere demokratische Gesinnung steht außer Zweifel, aber die formaljuristische Demokratie hat ihre Grenzen. Sie ist nur Mittel zur Erreichung anderer Zwecke. Wenn sie versagt, müssen wir andere Mittel anwenden. (Beifall.)

Wir verdanken die Demokratie der Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten Monaten in der Revolution. Wir dürfen nicht erlauben, daß man durch eine bürokratische und kleinbürgerliche Wechsellerei mit dem Stimmzettel die Monarchie wieder einführt. Heute, im kapitalistischen Staat, ist die Demokratie unsere Waffe, aber in dem langen Kampfe zwischen Uebergangsstadium zum Sozialismus ist nach dem Programmbrief von Karl Marx vom Jahre 1875 die Diktatur des Proletariats unsere Waffe. Wenn die bürgerliche Demokratie uns im Stiche läßt, dann findet die formaljuristische Demokratie ihr Ende, dann tritt ein, was Kauffalle in seiner Kammergerichtsvorlesung gesagt hat, dann kommt die Entwicklung, wenn der rechte Zeitpunkt vorüber ist, mit den Konvulsionen der Gewalt, mit wildwühendem Linsenhaare und anderen Sanktionen. Wir müssen für die gewaltigen, nicht vorherzusehenden Ereignisse gerüstet sein. Wir müssen Freund und Feind offen sagen, daß wir nicht so verdemokratisiert sind, daß wir auf formaldemokratischem Wege die Einführung der Monarchie oder die Behinderung der Expropriation des Großkapitals und des Großgrundbesitzes bilden würden. Wir werden der Arbeiter nicht in den Arm fallen, wenn die neue Revolution ausbrechen sollte. (Teilweiser Beifall.)

Die weitere Debatte wird auf Nachmittags vertagt. In den Bildungsausstellung werden durch Zutritt gewählt: Maria Böhm-Schulz-Berlin, Dr. Edward David, Dr. Franz Diederich, Hugo Heimann, Hellmann-Hamburg, Karl Korn-Berlin, Leo Glesne-Breslau, Prof. Radbruch-Kiel, Sassenbach-Berlin, Sarah-Bielefeld und Heinrich Schulz-Berlin. — Darauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags Sitzung teilt Vorsitzender Scheidemann mit, daß eine große Zahl von Delegierten erklärt hat, heute abend oder in der Nacht abzureisen zu müssen. Wir müssen darum die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission schon heute vornehmen.

Der vorliegende Antrag Stahl, daß nur zwei Mitglieder des Parteivorstandes parlamentarisch sein müssen, findet keine Unterstützung.

Scheidemann teilt noch mit, daß der Parteivorstand den Genossen im Lande eine Zusammenstellung aller Anträge und der Art ihrer Erledigung zugehen lassen wird. Hierauf wird die Aussprache fortgesetzt.

Sachs-Dresden: Wir sind in einer Uebergangszeit. Daher müssen wir auch für diese Zeit programmatische Forderungen aufstellen. Es wäre sehr zu wünschen, wenn die Staatsbetriebe in die Lage versetzt würden, mit der Privatindustrie konkurrieren zu können. Die Landwirtschaft liegt im Zeichen der Entwidlung. Die freie Wirtschaft der Vorkriegszeit kehrt niemals wieder. Die Frage ist, ob wir die organisierten Unternehmer frei schalten lassen oder ob wir sie unter Kontrolle stellen sollen. Die Macht der Unternehmer muß geringer werden, die Kohlenpreise wären viel höher, wenn wir in der Kohlenwirtschaft Planwirtschaft hätten. Wo man nicht sozialisieren kann, muß man die Organisation und Konzentration eines Wirtschaftszweiges herbeiführen, wie sie eben in der Planwirtschaft geschah ist. Die Steigerung der Produktion als ihre Folge könnte unter Umständen die Lage der Masse ganz wesentlich bessern. Die Partei hat dem deutschen Volk gegenüber die Verpflichtung, auch Forderungen zu stellen, die nicht vollkommen sind und im Augenbilde von den Massen nicht verstanden werden. (Vereinzelte Beifall.)

Herrn Zabe-Hamburg: Das Programm muß klar und leicht verständlich sein. Die Löhne sind um das vier- bis sechs-fache gestiegen, die Preise aber um das zwanzigfache des Friedenspreises. Wir müssen alle Kraft auf die Löhns- und Ernährungsprobleme verwenden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abolf Braun erhält das Schlusswort: Die Rede des Genossen Sachs erinnert an die einseitige Trompete. Er hat nicht nachgehört, was er in der Diskussion über Riess und Schmidt sagen wollte. Auch die letzte Rednerin hat nichts Neues gebracht. Es ist ungeheuer schwer, neue Zielsetzungen für eine Partei zu ziehen. Alle Parteien sind in schwerer Unruhe. Denken Sie nur an die Arbeiterparteien Englands und Russlands. Es ist ein höches Herumirren und Herumtappen. Wer kann heute sagen, was sozialistische Beamtenschaft ist. (Wels: Wir haben aber ein Aktionsprogramm für die Beamten.) Wir wissen aber trotzdem noch nicht, was sozialistische Beamtenschaft ist. Beamtenschaft als Personalhaushaltsfragen zu behandeln ist sehr schwierig. Edward Bernstein lacht die Meinung herauszugeben, als ob die Zeit erfüllt hätte, was er einst mit dem Revisionismus wollte, und doch ist der jetzige Stand nichts anderes als eine Folge des Krieges. Ich hätte, gegen keine Wahl in die engere Eisenkommission zu stimmen. Er hängt noch immer am Revisionismus, er kann deshalb für uns nicht der Bannerträger sein bei der Neuordnung des Parteiprogramms, obwohl er uns an anderer Stelle so oft das Banner vorangetragen hat. Die hat sich gegen die formaljuristische Demokratie gewandt, das hätte er sich in der jetzigen Zeit sparen können, wo wir alle Kräfte einlegen müssen, um die politische Demokratie zunächst einmal nötig zu haben. Es liegt uns fern, die Demokratie als höchste Staatsform anzusehen. Sicher wir zunächst die Demokratie, die in Gefahr ist.

Scheidemann erklärt im Namen der badischen Delegierten, daß kein irgendwie nennenswerter Teil der badischen Sozialdemokraten hinter der Verfassung von Diez steht.

Der Antrag auf Einsetzung einer Programmkommission wird angenommen. Die von Braun genannten Personen und außerdem der Ebnard Barz sind in die Kommission gewählt. Die am Parteiprogramm vorliegenden Entwürfe werden der Kommission übergeben.

Es folgt der letzte Gegenstand der Tagesordnung: die Wohnungsfrage.

Referent Hirsh: Zu den fürchterlichsten Folgeerscheinungen des Weltkrieges gehört neben der Nahrungsmittelknappheit und der Kleiderbeschaffung die Wohnungsnot. Sie hat alle Schichten der Bevölkerung ergreifen. Wollen wir verzichten, daß weite Kreise des deutschen Volkes verelenden und zu einem barbarischen Dasein herabsinken, daß unsere Jugend zugrunde gerichtet wird, so müssen wir mit allen Mitteln dem Wohnungselend zuhelfen. Solange wir nicht imstande sind, gesunde Wohnungen in ausreichender Zahl zu schaffen, werden wir der Tuberkulose, der Scharlach und Kindersterblichkeit und anderer verheerender Krankheiten sowie der zunehmenden Unfruchtbarkeit des Volkes nicht Herr werden. Vollkommen zureichend ist das Wort des Genossen Bolschewy: Die Wohnungsfrage lösen heißt den wichtigsten Teil der sozialen Frage lösen. Die Ursachen des Wohnungselendes liegen in erster Linie in der Spekulation mit Grund und Boden. Dazu kommt die ungeheuer gestiegenen Herstellungenskosten. Dabei ist es eine große, in ihrer Abhängigkeit nur zu berechtigter Ueberzeugung, immer und immer wieder auf die gesteigerten Bauarbeitenkosten hinzuweisen. Die Bauarbeiterlöhne haben vor dem Kriege etwa die Hälfte der gesamten Baukosten ausgemacht, gegenwärtig aber nur ein Drittel. Die Produktion an Wohnungen war bereits vor dem Kriege einen rückfälligen Charakter auf. Der Krieg hat die Menschen auf eine Verwüstung des Wohnungsbestandes verurteilt. Restlos haben die Gewerkschaften und der

deutsche Städte auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht. Leider ist die Regierung dabei ganz untätig geblieben. Die politische Wohnungspolitik gehört zu den Aufgaben des Reiches, aber die Reichsregierung hat sich vor und nach dem Kriege auf das Kleinstes beschränkt. Die vorwärtsdringenden Beschlüsse bleiben unausgeführt. Die Reichsregierung nahm eine abwartende Haltung ein und überließ die Wohnungsfrage den einzelnen Städten, die ihrerseits wieder zu spät eingriffen. Alle Gesetze bleiben daher meist auf dem Papier stehen, so insbesondere das preussische Wohnungs-gesetz. Wieviel Elend hätte vermieden, wieviel Unglück verhindert werden können, wenn die preussische Regierung nicht erst 1918 vorgegangen wäre, sondern etwa zwei Jahre früher auf die sozialdemokratischen Forderungen gehört hätte. (Sehr wahr!)

Der Wohnungsbau war bis etwa 1918 auf den 85. Teil seines früheren Umfangs zurückgegangen. Eine Million Familien war am Ende des Krieges vergeblich auf der Suche nach einer geeigneten Wohnung. Auch die Verluste auf den Schlachtfeldern und die vermehrten Verluste in der Heimat haben den Mangel an Kleinwohnungen nicht behoben, sondern eher gesteigert. Dazu kam der Zuwachs an Kriegsgefallenen und vertriebenen Auslandsdeutschen sowie andere Flüchtlinge. Der tägliche Dringlichkeitsausschuß in Berlin beträgt 200 Familien. Dazu kommen die gestiegenen Wohnungsansprüche der Kriegsgewinnler und Schieber. Von großer Bedeutung war die Uebernahme der Ueberenergie von der Bauleitung auf das Reich. Mit Hilfe dieser Bauleitungsumstellungen wurden 1918 wenigstens 70 000 Wohnungen neu hergestellt. Seitdem ist das Reich dazu übergegangen, Baudarlehen zu geben. Nur industrielle Wertwohnungen sind danach ausgeschloßen. Für das Kohlenrevier wurden die nötigen Summen durch ein Kohlenabkommen überschüssig gemacht. Die Reichszuschüsse sind jedoch bis jetzt gänzlich unzureichend; außerdem bleibt die Wohnungsfrage ungeklärt. Wohnungsnot und Heilmittelengeld können nicht ausgesetzt werden. Die Mieterschutzbewegungen und die Miets-einigungsämter sind nur schwache Notbehelfe. Ebenso die Wohnungsmangelverordnungen, die die Beseitigung von Wohnungen verhindern. Nun ist der Gedanke der Mieterschutzengeld aufgenommen. Dabei handelt es sich um die Abwägung der Baueinheiten auf die Gesamtheit der alten und neuen bestehenden Wohnungen. Der Gedanke hat sich jetzt zu einem Gefährdungsfaktor des Reichsarbeiters verdichtet, man hofft dadurch etwa 1500 Millionen zu bekommen, wovon die Hälfte für das Reich, die andere Hälfte für die Gemeinden. Der Vorschlag hat in sozialdemokratischen Kreisen keine Zustimmung gefunden. Angesichts der Mietsummen, die erforderlich sind, ist der Betrag minimal. Außerdem kann nicht die Allgemeinheit Kosten ausfragen, wenn die Neubauten im Privatbesitz bleiben. Die geplante Mieterschutz ist ungesund und wirkt antisozial. Trotzdem müssen natürlich öffentliche Mittel für Zwecke des Wohnungselendes bereitgestellt werden. Damit, daß die Miete im Laufe der Zeit erheblich steigt, wird man sich abfinden müssen. Über die gestiegene Mietereinnahme darf nicht dem Privatkapital, sondern muß den Verwaltungsverhältnissen öffentlicher Rechts zugute kommen. Die Förderung des Wohnungsbau ist nur auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage in Verbindung mit einer großzügigen Sozialisierungs-politik möglich, das ist es, was wir verlangen müssen. Vieles ist versäumt, aber es ist noch nicht zu spät, um auf dem Gebiete des Wohnungselendes für unser schwer geprüftes Volk erträgliche Zustände zu schaffen. (Vehementer Beifall.)

Korreferent Engler-Freiburg: Die Wirtschaftsgeschichte der Völker zeigt, daß immer erst die Not die Menschheit zum Fortschritt bringt. Wir waren vor dem Kriege stolz auf unsere soziale Politik. Dabei hat schon im Jahre 1902 ein englischer Staatsmann mit Recht gesagt, kein sozialer Schaden sei enger zu vergleichen mit der deutschen Wohnungsnot. Die Voraussetzung einer Wohnungsreform ist die richtige Bodenreform. In der ganzen Kulturwelt war der Bodenpreis nicht so hoch getrieben, wie die Wohnungsnotigkeit nicht so eng in Deutschland. Für die Wohnungselende ist es weber an die Möglichkeit des Wiedererlebens des Privatwohnungsbaus, die nur möglich wäre, wenn die Mieten um das zehnfache gesteigert würden, noch an die allgemeine Kommunalisierung des Eigentums. Die heutigen Stadtverwaltungen sind gar nicht in der Lage, die Mietsarbeit des Wohnungsbaus und der Wohnungsverwaltung auf sich zu nehmen. Die Hauptarbeit weise ich den Genossen zu, die auch die individuellen Bedürfnisse und Leistungsfähigkeit der Mieter berücksichtigen können. Die gestiegenen Entgelte werden nirgends zum Unterhalt der Wohnungen verwandt, sondern zum Erzielen höherer Verkaufspreise. Schieber und Wucherer finden trotz aller Schutzbestimmungen ein Loch, durch das sie schlüpfen können. Auf dem bisherigen Wege kommen wir nicht weiter. Wenn die Käufer im Besitz und der Verwaltung des Kapitals stehen, kann das Elend nicht behoben werden. Bodenreformen beseitigen in diesem Augenbilde nichts mehr. Wäre es gelungen, die gestiegenen Werte der Häuser und des Bodens im Laufe der letzten 50 Jahre für die Allgemeinheit abzugeben, so hätte das zur Bedienung sämtlicher Steuerbedürfnisse gereicht. Die Belastung des deutschen Volkes durch den Privatbesitz ist größer als die Last des Versailler Friedens. Diese Lasten steigen unaufhörlich. Das Ziel jeder vernünftigen Reform muß sein, die Unfruchtbarkeit der Häuser auch diesen zugute kommen zu lassen. Wie bei den Genossenschaften muß das Haus in 40 Jahren bezahlt sein und schuldentfrei Eigentum der Allgemeinheit werden. Die Genossenschaften haben bisher nur deshalb versagt, weil nur ein geringer Bruchteil der Bevölkerung sich für die Wohnungselende interessiert hat. Die Bauwesenlohnarbeit wird vereinigt fortgeschritten machen. Auf andere Weise kann auf diesem Gebiete nicht sozialisiert werden. Die Arbeiter verlassen sich zu viel auf die Gesetzgebung und tun selbst nichts. Die Bureaukratisierung des Wohnungsbaus und der Wohnungsverwaltung wäre tödlich. Die Wohnungsämter sind nur zur Kontrolle brauchbar. Sie sollen die verschiedenen Gremien zusammenfassen, die sich jetzt mit dem Wohnungs- und Hausbau beschäftigen: Verwaltung, Erwerb der Wohnungen und Gebäude, Herstellung der Neubauten, Bauunterhaltung und Wohnungsanerkennung muß Aufgabe der Genossenschaften sein. Die Genossenschaft muß Riess-genossenschaft sein und alle umfassen, die keine eigene Wohnung haben. Die Mittel zu Neubauten müssen zum größten Teil den Zentralorganisationen zur Verfügung stehen, damit an der richtigen Stelle gebaut wird. Mit der ersten Oberbühnen-mieterschutzpolitik muß gebrochen werden, wir müssen möglichst viele Mietskinder aus der Großstadt ausheben. Die Sozialisierung hätte alle Mietskinder und einen Teil der Einzelhäuser zu umfassen. Die Uebernahme geschieht nach dem Wert von 1914, die Mieten sind so festzusetzen, daß die Schuldentlastung werden. Ein Wohnungssteuer ist aufzunehmen, das alle Wohnungen genau festlegt. Dann können auch die arbeitslosen Architekten und Techniker beschäftigt werden. Hauptsache ist, daß genau Geld für Neubauten aufgebracht wird. Dazu müssen wir die Mieten stark steigern, aber das ist erträglich, wenn dadurch unsere Nachkommen die Aussicht haben, auf freiem Boden in kühlen freien Häusern zu wohnen. Bei privatwirtschaftlicher Entwicklung hätten wir noch teureren Mieten und gar keine Aussicht. In ähnlicher Weise ist das Paradieskinder-Siedlungsproblem zu lösen. Redner bezieht sich dann auf die Einwände gegen die Sozialisierung. Das Seven werde nicht einflussreicher sein als die Not es jetzt ist. Auch die Verwaltungskosten seien nicht zu hoch. Jeder andere Weg zur Lösung der Wohnungsfrage sei noch schwieriger, die bitterste Not müsse das deutsche Volk vorwärts. Produktions-genossenschaften der Bauarbeiter leisten für die Sozialisierung wertvolle Pionierarbeit. Wollen wir aber zu einer gerechten Bedarfsdeckung kommen, dann müssen die Verbraucher die Produktion in die Hand nehmen. Die Sozialisierung der Baukosten wird im Interesse der Produktion unumgänglich sein. Der Redner der Gemeinwirtschaften und Parteien ist unerschütterlich. Geben wir der Masse des Volkes gute Wohnungen, dann machen wir sie für die Sozialisierung reif. Wenn die Bürgerlichen sich uns entgegenstellen, machen wir die Frage zur Wahl- und Kampfsache, während wir die Einigung der Arbeiterklasse. Der Kampf mit den privatwirtschaftlichen Interessengruppen, müssen wir einschlagen. Wir müssen dem Stand der

Kapitalisten einen Volksbund der Wohnungs- und Bodenpolitik entgegenstellen. (Vehementer Beifall.)

Die Debatte wird auf Sonnabend früh vertagt. Vorsitzender Hermann Müller teilt eine Berichtigung des Delegierten Dr. Rostrop mit, daß er sich davon überzeugt habe, daß die Zwangsversteigerung in Leber und Schwere gegen den Widerpruch Wiessels und nach seinem Rücktritt aufgehoben sei. Seine Vorwürfe träfen also Wiessell nicht. Schluß 8 1/2 Uhr.

Der Parteitag der USP.

Silberding gegen Sinowjew. — Der Menschewik Martoff entrollt das Sündenregister des Bolschewismus. — Eine Rede Bolschewyts verurteilt Radkauzenen, in denen die Sitzung untergeht.

Halle, 15. Oktober.

Zu einem Korreferat gegen die Ausführungen Sinowjews erhält Silberding (rechts) das Wort: Wir müssen unsere politischen Probleme selbst lösen und können nicht ein einheitliches Rezept vom Ausland erhalten. Redner wendet sich dann gegen den Vorwurf Sinowjews, das der rechte Flügel der U. S. P. D. nicht an eine Weltrevolution glaube. Die U. S. P. D. hat alles getan, um die Revolutionierung der Arbeiterklasse, das heißt ihre geistige Anwendung herzustellen. Meine Freunde und ich haben hier, gegen Raubitski die Meinung vertreten, daß in Deutschland die Vorbedingungen zum Sozialismus gar wohl vorhanden seien. Es war gerade in Rußland, wo die Kommunisten den Kapitalisten große Konzessionen wieder einräumen mußten, beziehungsweise wollten. (Hört, hört!) Widerpruch (links). Redner betont, daß gegen die einige, stark organisierte Front des deutschen Bürgertums die große geschlossene Front des Proletariats notwendig sei. Gemeinliche Aktionen in allen proletarischen Parteien schaffen dafür die Vorbedingungen. Redner wendet sich dann gegen die Prophezelung Sinowjews, daß die Balkanländer, Deutschland und Oesterreich in nächster Zeit zu Räterepubliken werden würden, und weist darauf hin, daß ausgerechnet Sinowjew es war, der vor Jahren auf dem ersten Kongress der Dritten Internationale das Gegenteil versprochen hat. Solch eine Taktik ist eine Taktik des Scharadeurs. Redner betont dann die Differenzierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse in Westeuropa und Deutschland, wobei er sich scharf gegen das Patieren mit dem Bürgertum auspricht, wie man es in der Aera Scheidemann-Noste bemerkte. Trotz dieser von uns nachgewiesenen falschen Politik ist die U. S. P. D. doch heute eine große Partei. Es ist sogar bedauerliche Tatsache, daß ihre Zunahme größer ist als die der revolutionären Parteien. Genau das gleiche gilt von Schweden und Dänemark, während in England und Frankreich kommunistische Politik überhaupt keine Rolle spielt. (Zu stürmischen Applausen kommt es, als Silberding die Ausführungen Sinowjews über die Gewerkschaften kritisch mangelnd nennt. Es entzündet sich ein Redenduck zwischen dem Vorsitzenden Prok und Crispian. Aus der Reihen wird dem linken Flügel stürmischer vorgeworfen. Der Tumult schwillt von neuem an, endlich kann der Redner fortfahren.) Es war in unserem Lebensinteresse als Arbeiterpartei, die Gewerkschaften zu erhalten. (Beifall rechts.) Redner wendet sich dann gegen die Ueberhöhung der Macht, die aus den Ausführungen Sinowjews spricht, und zeigt gerade an dem italienischen Beispiel, daß in Westeuropa eine heranziehende Arbeiterpolitik nicht möglich ist. Die kommunistische Revolution hat gerade das Privatigentum der Bauerschaft gebracht, was vielleicht noch in Südtalien möglich werden kann, in Deutschland und Westeuropa aber ein ganz falsches Mittel ist. Wir in Deutschland und überhaupt in Westeuropa können uns auf die Industriearbeiterklasse, nicht auf die Bauerschaft. Das Exekutivkomitee der Dritten Internationale ist ja nur das Exekutivkomitee der russischen kommunistischen Partei und die paar ausländischen Vertreter sind ja nur hinzugekommen, weil sie zu allem Ja sagen. (Beifall rechts. Widerspruch links.) Redner wendet sich dann gegen den von Sinowjew propagierten Offensivkampf gegen die Entente und weist auf das polnische Beispiel hin, wo der Fehlschlag darauf zurückzuführen ist, daß die Männer in Moskau auf die polnischen Kommunisten nicht gehört haben. Die Kommunisten haben nun schon seit langem um Krieg gegen Frankreich, der von Sinowjew plötzlich vorgeschlagene Kuchhandel für die Bedingungen sei ja nur ein Mandat, um unsere Einigkeit auf dem rechten Flügel zu zerstören. Das Exekutivkomitee hat uns noch in seiner letzten Sitzung Nummern und Verräter genannt. Die Vorwürfe Sinowjews gegen uns sind so wenig aufrichtig, wie seine jetzige Verhandlungsweise ist. (Stürmischer Beifall rechts. Große Unruhe links.) Nachdem es dem Präsidenten gelungen ist, die Ruhe wiederherzustellen, fährt der Redner fort: Das ist ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft. (Beifall rechts.)

Sapajew-Bulgarien richtet an das deutsche Proletariat die Mahnung, sich der einzigen wahren revolutionären kommunistischen Dritten Internationale anzuschließen.

In der Nacht an die U. S. P. D. a. s. l. u. n. a. erregt der Vorsitzende der russischen Menschewik, Martoff, das Wort, der 15 Jahre in Exil verbrachte und dem in Rußland verboten ist, zu sprechen. Martoff spricht zunächst einige Begrüßungsworte in deutscher Sprache. Darauf wird seine Rede von Stein überleitet: Der Kommunismus hat in demagogischer Weise versucht und versucht es weiterhin, die tiefe Unzufriedenheit auszunutzen, die der Militarismus unter den europäischen Völkern geschaffen hat. An der Niederlage der Arbeiter in Finnland, Ungarn und Banern sehen wir, mit welcher furchtbaren Folgen für die Arbeiterschaft diese Taktik verbunden ist. (Unruhe links.) Die Kommunisten wissen ganz genau, daß ihr größter Feind im Zentrum sitzt, wo die Klassenkampftheorie revolutionären Vorkämpfern ihre für die Arbeiterklasse fruchtbarste Taktik gebunden. Nicht mit Unrecht hat ein angesehenener Bolschewistenführer neulich gesagt, Däumling ist uns viel gefährlicher als Scheidemann. Wir sind treu geblieben den Lehren von Marx und teilen nicht den Glauben an sozialistische Wunder, aber der relativ reine Glaube der Bolschewisten ist es, der dem überwindlichen Reformismus Anhänger in die Arme treibt. Die 21 Punkte sind nur der Ausdruck dieser kommunistischen Ideologie in ihrer Vereinerung schwacher Seiten und Parteien mit übernommenen Nachformen eines asiatischen Staates. Es ist künstlich in der dritten Internationale so, die russische Regierung diktiert und die anderen drücken ihren Stempel darunter. Nicht umsonst hat der Führer der norwegischen Kommunisten erklärt, daß es notwendig ist, daß die deutschen Unabhängigen und die französische Partei in die dritte Internationale kommen, um das Diktat Moskows zu brechen. Für Rußland war es notwendig, für die Bolschewisten eine feste Mauer aufzurichten gegen das Einfamilien jener Elemente, die für sich und ihre Partei ein Mitbestimmungsrecht forderten. Deshalb wurde das Antwortschreiben der Unabhängigen an das Exekutivkomitee noch heute nicht den russischen Arbeitern und den Arbeitern der dritten Internationale zugänglich gemacht. (Hört, hört!) Deshalb ist es verständlich, daß die Abgabe dieses Antwortschreibens, die unsere Partei gemacht hat, beklagenswert und vernichtet wurden. (Stürmische Unruhe rechts. Zuruf: Rathskolltag von Halle. Als der Vorsitzende Braß saute, daß die Vorsitzenden sich einverstanden erklären hatten, daß kein Zwischenruf gemacht werden sollte, stellte der weitere Vorsitzende dies in Abrede. Hierauf erklärte der Vorsitzende Braß, daß Zwischenrufe gegen den Inhalt wohl gemacht werden dürfen und daß auch ein Zwischenruf: „Der spricht wie Scheidemann!“ ebenfalls sich gegen den Inhalt richtet. Abolf Hoffmann nimmt für die Linke das Recht der unbedingten Zwischensätze in Anspruch, was erneuten Lärm hervorruft. Endlich gelingt es dem Präsidenten, die Ruhe wiederherzustellen.) Der Redner fährt fort: Alle diese 21 Punkte erinnern an das Ultimatum Oesterreichs an Serbien. (Lugender Applaus links.) Die Radikaler von Moskau setzen ihren Siegesmarsch nach Polen fort, beschleppen vor den Augen der ganzen Welt die Greuel-

beginnen, um so künstlich eine Revolution in Polen hervorzubringen, die Reichsarmee in Deutschland und Ostpreußen zu entfesseln und am Rhein den Krieg gegen die Entente aufzunehmen. Das gewaltige russische Volk wurde in dieser Lebensfrage nicht angetastet. Nach die dritte Internationale wurde nicht gefragt. (Hört, hört!) Einzige die kommunistische Partei Russlands betrieb eine verbrecherische Politik. Wie verbrecherisch diese Politik war, erkennt man aus dem vollkommenen Verlangen der polnischen Arbeiterpartei. Man sah es besonders an der Niederlage der Armee, die zu dem furchtbaren Frieden von Brest-Litovsk geführt. Ich erinnere an das Wort Trozkys: „Wir werden mit der Entente den Entscheidungskampf am Rhein führen.“ Ebenso hat in Soldau der russische Oberkommandant vor deutschen Nationalisten erklärt, daß Rußland Westpreußen wieder dem deutschen Vaterlande zurückzugeben werde, noch mehr, er hat erklärt, in Anbetracht des anstehenden Charakters dieser Provinz würde kein Sowjet errichtet werden. (Stürmische Anrede rechts, während die Linke verlegen schweigt.) Dies zeigt Ihnen, wie der Vorstehende des Exekutivkomitees es mit der Wahrheit nimmt. (Stürmischer Tumult links.)

Es ist klar, wenn die Bolschewisten behaupten, daß die Weltrevolution vor der Tür steht. In den westeuropäischen Ländern sind dazu doch kaum die ersten Vorbereitungen gegeben. Die Bolschewisten tun es nur, um ihre eigene Herrschaft an der Macht zu halten und wenden dazu die zweifelschwersten Mittel an, ohne Rücksicht darauf, wie sie auf die davon Betroffenen wirken. (Sehr richtig rechts. Stürmischer Protest links.) Wie sehr die russische Revolution demoralisiert hat, haben die Genossen gesehen, die in Rußland waren. Wie sehr sie politisch krank ist, das haben Sie an der Rede Sinowjews gesehen. Nur weil das arme russische Proletariat kaum mehr einen Ausweg zu finden weiß aus dieser furchtbaren Lage, in die sie der Bolschewismus geführt hat. Auch in der Ostpolitik haben die Bolschewisten Wege eingeschlagen, die jeder auf dem zweiten Kongreß der dritten Internationale geübt wurden, besonders wegen des Bündnisses mit dem reaktionären Kaiser Nikolaus. Das Verbrechen der Hinrichtung von 1 Mill. Armeeangehörigen läßt sich anscheinend leichter verschmerzen, als die Verbrechen eines Millie eines Hue und Haferding. (Sehr wahr!) Die Bolschewisten erkennen für sich aber wohl das Revolutionärsrecht mit dem Bürgerlichen an. So ist z. B. die sibirische Regierung zusammengesetzt aus Kadetten, das sind liberale, Rechtssozialisten und Kommunisten. (Lebhaftes Hört, hört! rechts. Anrede links.) Falls ich besonders, was Sinowjew über den Terror gesagt hat. Der Terror in Rußland ist zurzeit nichts anderes, als ein rabiatos Mittel zur Einschüchterung andersdenkender Genossen.

Unter Sinowjews Regierung wurden in Petersburg in einer Nacht 800 Menschen erschossen, darunter Genossen meiner Partei, Hunderte von Mitglieder der Sozialrevolutionäre wurden erschossen, und wenn Sinowjew heute behauptet, daß es wegen Mordanschlags auf Lenin war, so ist das Lüge, denn der Anschlag auf Lenin war im August 1918 und der Mörder war bereits ein Jahr vorher aus der Partei der Sozialrevolutionäre ausgeschlossen worden. Schon die Tatsache, daß Frauen, auch wenn sie Bürgerliche sind, von ihrer Familie getrennt werden, um als Geiseln zu dienen, legt Zeugnis ab, was für einen schrecklichen Terror wir hier in Rußland durchmachen müssen: Erschießungen, Verurteilungen zur Zwangsarbeit, strenge Strafe für Teilnahme am Streik oder für korporative Forderungen, Verbot an die Arbeiter, Vertreter bestimmter Parteien in die Sowjets zu wählen, Zwangsabschreibung an die Front wegen menschlicher Gellung, das wird als Schute des reinen Sozialismus gefeiert. (Hört, hört! rechts.) Parteigenossen, wir fordern das Proletariat Europas auf, den Terror für unzulässig zu erklären, auch für Rußland. Wir fordern, daß man das russische Proletariat von solcher Herrschaft befreit. In Rußland hat sich dieser furchtbare Zustand nur durchzusetzen vermocht im Kampf gegen die besten Parteigenossen. Nichts hat mir den Tiefstand der russischen Revolution mehr zum Bewußtsein gebracht, als die Frage mancher deutscher Parteigenossen, wie es mir wohl ergehen möge, wenn ich nach Rußland zurückkehre, da ich gegen Sinowjew gesprochen habe. Ich muß schon heute fürchten, daß für jedes Wort, das ich hier offen gesagt habe, gegen meine Parteigenossen in grausamster Weise vorgegangen wird, von denen Hunderte im Gefängnis schmachten. (Lebender Lärm und Pfiffe rechts. Zehntausende Delegierte drängen gegeneinander vor. Zuruf: Liliant! Gegenruf: Da steht Ihr Vaterland!) Nachdem es dem Vorstehenden nach längerer Zeit gelungen ist, die Ordnung wieder herzustellen, fährt der Redner weiter fort: Gegen diese Niederträchtigkeit haben wir immer mit aller Macht protestiert; denn die Schmach Rußlands und des russischen Proletariats bedeutet die Schande der ganzen Welt. (Beifall rechts.) Ich habe von meiner Partei den Auftrag bekommen, Sie aufzurufen zum Kampf gegen den Kapitalismus aber zugleich soll ich auch die fürchterliche Herrschaft der Bolschewisten aufheben. Ich lasse mich aber auch von persönlichen Drohungen nicht schrecken. Einmal wird es offenbar, daß inmitten einer fast religiös fanatisierten unwissenlichen Masse, die unter einem schrecklichen Gewaltregime lebt, auch Kerntropfen Klassenbewußter Proletarier waren, die den Kampf um den echten Marxismus aufgenommen und durchgeführt haben. (Lebhafter Beifall rechts. Zuruf links: Liliant! Gegenruf: Das paßt Euch eben nicht!) Die Ablehnung der 21 Punkte ist nur ein notwendiger Schritt vorwärts auf dem Wege zu einer wirklichen, die gesamten repositionären Proletariat umfassenden sozialistischen Internationale. Wenn auch die neuen Lehrer in Moskau ihre Apostel in ungeheurer Menge ausenden, das kommunistische Evangelium zu verkünden, so wird doch das internationale Proletariat nicht durch diese rückwärtige Form herausgeführt werden aus den fürchterlichen Schwierigkeiten der Kameradschaft und das Elend werden kommen, wie es in Finnland, Ungarn und Bayern kam. Die revolutionäre Internationale aller Länder kann nicht entstehen durch blutdürstige Sozialisten, sie kann nur von den revolutionären Parteien der westeuropäischen Länder in die Hand genommen werden. Im Interesse der russischen Revolution, im Interesse der Internationale muß die alte unabhängige Partei fest stehen an der Spitze aller Länder. (Großer Beifall rechts. Wohlgerufe links.)

Er entsteht ein fürchterlicher Tumult, die Delegierten drängen aufeinander ein, es scheint, als ob es zum Handgemein kommen sollte. Endlich gelangt es dem Präsidenten, dem nächsten Redner, Lofowski, dem Vertreter der russischen Gewerkschaften, das Wort zu erteilen. Lofowski wendet sich zunächst gegen die Ausführungen Martoffis und weist auf den Zwiespalt hin, der darin besteht, daß von Bolschewisten solche Vorwürfe gemacht werden und auf der andern Seite die Arbeiter der ganzen Welt voll Glauben und Vertrauen auf Rußland und den Bolschewismus schauen. Dann wendet sich der Redner gegen die amerikanische Gewerkschafts-Internationale, gegen die er die Vorwürfe wiederholt, die Sinowjew in schärfster Weise vorgebracht hat. Es kommt zu furchtbaren Unterbrechungen. Protestrufe von rechts wechseln mit Beifall von links ab. Vergeblich versucht der Präsident darauf hinzuwirken, die ausländischen Gäste reden zu lassen. — Lofowski: Wir sind in einem deutschen Parteitag. (Wieder Zurufe: Sie sollen anständig reden!) Redner entschuldigt seine Entgleisung mit dem Hinweis, daß er der deutschen Sprache nicht mächtig sei. (Zuruf Dittmann: Sie sollen nur die Wahrheit sagen!)

Als der Redner scharfe sachliche und persönliche Angriffe gegen Dittmann richtet, übertreibt die Rechte auf den Redner ein und verhindert ihn am Weiterreden. Es erhebt sich ein fürchterlicher Tumult. Alle Delegierte drängen aufeinander ein, teilweise mit erhobenen Händen. Es bilden sich kämpfende Gruppen. Vergeblich versucht der Redner in seinem Refert fortzufahren, was die Rechte immer wieder verhindert. Die Versuche des Präsidenten, die Ruhe wieder herzustellen, sind vergebens; denn die Rechte besteht auf Zurücknahme der Belechtigungen. Zwischenrufe wie „Unerschämtheit“, „Gemeinheit“, „Kaiserlicher Diktator“ klingen durch den Saal. Der Tumult richtet sich auch gegen den Vorsitzenden B. S. —

Die Versammlung ist sich in einzelne Gruppen auf. Der Tumult wird momentan beigelegt durch Abhängen der Internationale von der Tribüne. Dieses Mittel hilft jedoch nur für wenige Sekunden, denn nach Abhängen des Redners geht der Sturm von neuem los. Die Linke schießt sich zwischen den Redner und das Rednerpult, doch gelingt es ihr nicht, dem Redner die Mächtigkeits des Weiterredens zu verschaffen. Die Tribüne nimmt durch Zurufe und Loben lebhaften Anteil an den Vorgängen im Saal. Immer wieder ertönt der Ruf: „Raus mit Dittmann!“ und von der Gegenseite: „Zurücknehmen!“ Jebeimal, wenn der Redner versucht, das Wort zu ergreifen, wird er erfolglos niedergebüllt. Die Rechte läßt ihn nicht mehr zum Sprechen kommen und es hat den Anschein, als ob die Sitzung für heute gesprengt wäre. Endlich kann der Redner für heute erklären, daß er sich keiner beleidigenden Aeußerung bewußt ist. Sollte sich eine solche aus dem Stenogramm ergeben, dann würde er aus Achtung vor dem Parteitag diese zurücknehmen. (Beifall rechts.)

Die Sitzung wird dann auf längere Zeit unterbrochen. Der Vorsitzende erucht die Tribüne, nicht immer föhrend in die Verhandlungen einzugreifen. Nach längerer Zeit wird statt der erwarteten Verlesung des Stenogramms vom Vorstehenden erklärt, daß die Sitzung aufgehoben sei.

Hermes und Augustin.

Nach den Enthüllungen auf dem Kasseler Parteitag tritt es im Reichsernährungsministerium. Nachdem der Parteitag ein vernichtendes Urteil gegen Hermes gefällt hat, und nach dem, was in diesen Tagen weiter bekannt geworden ist, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Reichsernährungsminister seine Kräfte rasch aufgeben muß. Mitalieder der Zentrumsfraktion versuchten allerdings, ihren Mann zu halten und das Ganze als sozialdemokratische Machenschaften hinzustellen, sie werden jedoch mit dieser „Umstellung“ kein Glück haben. Die Angelegenheiten und das bisher bekannt Gewordene sind zu ungeheuerlich, als daß man sie mit dem Vorwurf oppositioneller Stellungnahme abtun könnte. Nehmen wir zunächst den Fall Dr. Augustin. Auf dem Parteitag hat der preussische Ministerpräsident Genosse Braun von einem hohen Beamten gesprochen, von dem er hoffte, daß er bestmöglich sei. Braun fügte hinzu, er sage dies öftentlich, um die Wiedereinstellung dieses Beamten zu verhindern.

Es handelt sich um den Ministerialrat und Geh. Regierungsrat Dr. Erich Augustin aus dem Reichsernährungsministerium, der von dem Zentrumsminister Dr. Hermes besonders begünstigt wird. Der Staatssekretär Dr. Huber erklärte einem Angestellten des Ernährungsministeriums, der Bedenken hatte, unter diesem Augustin zu arbeiten, daß der Minister Hermes Kenntnis von der Annahme von Besetzungsgeldern durch Dr. Augustin habe. Trotzdem erhielt Augustin die Leitung einer Abteilung im Reichsernährungsministerium, die wichtige Aufgaben zu erledigen hatte.

Dieser Dr. Augustin ist nun endlich aus seinem Dienst entlassen. Er erhält für vier volle Urlaubsmoate das Gehalt ungekürzt ausgezahlt. Und Herr Hermes selbst? Von ihm wird behauptet, er habe sich aus der Preisangebotsliste für Stärke-Düngemittel ein Auto im Werte von 338 000 Mark widerrechtlich beschafft. Ferner erhebt der „Vorwärts“ gegen Hermes die Anklage, daß er ebenfalls im Reichsernährungsamt wirkende Geheimrat Bose zum Ministerialrat befördert worden sei, nachdem es ihm gelungen war, die Verzierung der amerikanischen Milchfette so lange zu hintertreiben.

Weiter wirft der „Vorwärts“ dem Reichsminister Hermes vor, daß er im Mai dieses Jahres alle weiteren Einfuhr von Rohstoffen für die deutsche Margarine- und Celluloseindustrie verboten habe, während er durch die Reichsstelle für Preisfeste auf Kosten der deutschen Industrie und Bevölkerung Fertigungsfabrikate, im besonderen Margarine, zu teuren Preisen in die Einfuhr lassen. Dieses Verbot des Einkaufs von Rohstoffen sei anlässlich des günstigen Standes der Mark im Mai und Juni besonders willkürlich gewesen. Die deutsche Margarineindustrie habe in steigendem Maße die vorhandenen Rohstoffe verbraucht, ohne daß Neueinfahrungen hätten vorgenommen werden können, obwohl Minister Hermes auf diese Entwicklung von Sachverständigen Seite aufmerksam gemacht worden sei. Im September sei eine ähnliche Maßnahme in den Rohstoffen für die deutsche Margarineindustrie eingetreten und der Reichsausschuss für Oel und Fette sei gezwungen worden, in wenigen Tagen Rohstoffe zu jedem Preise einzuzufahren. Im Ganzen habe man 100 Millionen Kilogramm Oel und Fette eingekauft. Die Fertigungsfabrikate aus diesen Rohstoffen wären im Mai und Juni auf höchstens 14 bis 15 Mark für das Kilogramm zu stehen gekommen, jetzt kosten sie 25 Mark; das bedeute eine Mehrausgabe auf Kosten des Reiches und der Bevölkerung von einer Milliarden Mark. Dazu komme, daß Minister Hermes auch die Wirtschaft der deutschen Desfrüchte sofort freigegeben habe, was den Landwirten und Händlern einen Mehrerwerb von 300 Millionen Mark eingebracht habe. Der Kaps sei dadurch von 230 auf 7,30 Mark für das Kilogramm gestiegen. Dieses Defizit von mindestens 1 1/2 Milliarden Mark werde auf über 2 Milliarden Mark erhöht durch ähnliche Vorgänge bei der Beschaffung von tierischem Fett. Die Eindeckung des deutschen Schmalzbedarfs bringe heute eine Mehrbelastung gegenüber Mai und Juni von rund 1/2 Milliarden Mark. weil sich die Preise von etwa 21 Mark auf 34 Mark für das Kilogramm gesteigert hätten. Die Vormärse, die gegen Minister Hermes wegen dieser Einfuhrpolitik erhoben würden, hätten den Gesamtvorkat der Reichsausschusses für Oel und Fette veranlaßt, zum Protest gegen die Politik des Ministers sein Amt niederzulegen.

Die Figura zeigt, ist hier eine schnelle und durchgreifende Unteruchung notwendig. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Reichszentralrat auf ausdrücklichen Wunsch des Reichsministers Dr. Hermes im Einvernehmen mit dem Kabinett den Reichsjustizminister und den Reichsfinanzminister beauftragt, die Beschaffung von Rohstoffen festzustellen.

Reich und Ausland.

Verunglückte Bergleute. Auf der Grube Frankenhof bei Borsach sind Bergleute durch schlagende Wetter getötet worden.

Der Pastor als Bergarbeiter. Der „Bergarbeiterzeitung“ wird berichtet: Auf der bei Doronungen gelegenen Schwespatgrube ist am 30. August der Pastor von Groß-Leinungen in Arbeit getreten. Als Pastor bezog er ein Gehalt von 6-7000 M., mit dem er nicht auskam und sich demnach nach einem Dreiein kommen umsehen mußte. Er äußerte sich dahin, wenn nicht bald eine Gehaltsaufbesserung käme, er sein Amt als Pastor endgültig niederlegen wolle. Im übrigen fühle er sich bei seiner neuen Arbeit sehr wohl; tatsächlich arbeite er zur größten Zufriedenheit seiner Kameraden mit diesen. Seinen Beitrag zum Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat der neue Kamerad vollzogen. Wir begrüßen ihn in unseren Reihen und wünschen, daß er in seiner neuen produktiven Tätigkeit volle Befriedigung finden möge.

Das kommt vom störrischen Leben. Ueber den Nachlaß des verstorbenen Grafen Karl Edmann zu Dohna-Schlodien, Besitzer des 8200 Hektar großen Majorats Schlodien-Garwinden, wurde wegen Heberäußerung der Konkurs eröffnet.

Der Verkäufer erschossen. Der Kaufmann Meppelhauser aus Bad Reichenthal hat in einem Münchener Hotel den verkränkelten Kaufmann Steindorger aus Augsburg, den Verkäufer seiner Leder, mit der Steinborger in dem Hotel abgefaßt, was, erschossen.

Milchman-Unterschlagung. Der wegen Unterschlagung bei einer Transaktion verurteilte Böhmerische Milchman Meppelhauser hat sich in die Flucht gegeben.

leate ein umfangreiches Geschäft ab. Die Veruntreuungen werden jetzt auf vier bis fünf Millionen Mark geschätzt. Der als Mittäter in Betracht kommende, nach dem Zustand entlohene Kaufmann Frk Scharold nahm etwa 60 000 M. der veruntreuten Summe mit.

Kassa auf dem Riner Bahnhofen. Die Polizei unternahm eine Schieberjagd großen Stils, indem sie zehn Bahnhöfe durch achtzig Polizisten besetzen ließ und die von der holländischen Grenze kommenden Züge einer scharfen Revision unterzogen. Sämtliche Frachtpakete mußten sich einer Lebensbitte unterziehen und verdächtige Personen wurden sofort dem Hauptbahnhof abgeführt, wo die Vernehmung durch den Staatsanwalt des Wucherariates erfolgte. Große Posten geschmuggelter Ware, wie Mehl, Kaffee, unhandeltierte Bären, Butter und Schlags verließen der Beschlagnahme. Zahlreiche Schleichhändler wurden verhaftet. Der Steuereschaden, der durch die gestohlenen Beschlagnahmten Bären vermindert wurde, geht in die Hunderttausende.

Vom herzoglihen Kammerdiener zum Dieb. Bei einer Kassa auf dem Steiner Bahnhof in Berlin fielen der Polizei mehrere gesuchte Personen in die Hände, so auch der Kammerdiener des Herzogs Paul Friedrich von Weckenburg, der nach einem Diebstahl von Schmuckgegenständen und barem Gelde flüchtig geworden war. Geur steht in dem dringenden Verdacht, sich unter verschiedenen Namen in Frankfurt und Naumburg aufgehalten und dort große Teppichdiebstähle verübt zu haben.

Beim Kartoffelheben erschossen. Aus Berlin wird gemeldet: Die 31 Jahre alte Ehefrau Genzel war mit der Ehefrau Weidenhof nach Jüdnitz gefahren, um dort die Feder nach Kartoffeln abzuschauen. Dabei soll die Frau mit einem Feldhüter zusammengefallen sein, der von der Waffe Gebrauch machte und Frau Genzel erschoss. Frau Weidenhof wurde so schwer verwundet, daß sie nach dem Krankenhause in Budow gebracht werden mußte. **Millionenschwindel in Schwaben.** Wie die „Kön. Ztg.“ aus Birmasens meldet, ist dort ein großer Millionenchwindel aufgedeckt worden. Als bei der schweren Krise in der Schuhindustrie die Fabrikanten um den Abfall ihrer großen Lagerbestände besorgt waren, begann bekanntlich ein schamloser Handel mit Schuhwaren nach Berlin. Diese Gelegenheit nahmen zwei Birmasenser Kommissionäre wahr, um große Lagerbestände in Kommission zu nehmen. Später überließ man sie ihnen auf feste Rechnung. Eine 17 Waggons Schuhwaren gingen durch Vermittlung dieser beiden Kommissionäre nach Berlin im Werte von 20 Millionen Mark. Mit diesem Gelde sind die beiden Kommissionäre aber nicht nach Birmasens zurückgekehrt, sondern sie haben gemeinsam mit ihren Familien das Weite gesucht.

Jugendigeung. Der Schnellzug Rüllich - Stuttgart ist Freitagabend bei der Station Gschwend entgleist. Die Maschine stürzte um und die fünf Wagen des Schnellzuges gruben sich in die Böschung ein. Dank der umsichtigen Haltung des Lokomotivführers wurde niemand verletzt.

Straßenbahnunglück bei Lyon. Ein Automobilomnibus, der etwa 50 Arbeiter und Angestellte dererlei Geschlechts nach Lyon bringen sollte, fuhr bei Billaurhonne, unweit Grenieu, gegen einen Wagen der Straßenbahn. Es wird von zahlreichen Toten und zwölf Schwerverletzten berichtet.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Gegler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrtzeit	Tage	Sid.
Angekommen am 16. Oktober							
S.		Venus	Leppinen	Sorsens	20		
S.		Hoffnung	Röber	Malmö	8		
S.		Erna Marie	Höller	Hyborg	2		
S.		Ottillie	Giersohn	Norwegen	1		
D.		Strambild	Stamöge	Oxelövand	3		
Angekommen am 17. Oktober							
S.		Anna	Rume	Revenhagen	1		
D.		Demdahl	Naußen	Köding	1		
S.		Albert	Ziemann	Marneund	15		
S.		Berta	Simen	Odenö	3		
D.		Continental	Gole	Oxelövand	2 1/2		
S.		Sturmvoegel	Gider	von See	1		
S.		Christin	Rohannson		1		
S.		Emmanuel	Altman		1		
D.		Bersäckling	Krüger	Stettin	1		
S.		Ulida	Hölmbohl	Oxelövand	4		
S.		Charlotte	Rischmann		4		
D.		Espree	Daobien	Köding	15		
D.		Doim	Oberg	Kalmar	2		
D.		Nanes	Schlagentier	Reisingberg	1		
S.		Caroline Stein	Michter	Dödense	6		
S.		Leauna	Dreger	Marhus	3		
S.		Gulda	Andersen		2		
S.		Leni	Nielsen		3		
S.		Notarstem	Sollau	Helsingborg	1		
S.		Champion	Staaksohn		2		
D.		Fairplai 9	von Holten	Stettin	2		
D.		Fairplai 7	Darla		2		
D.		Riona	Etage	Röge	8		
Angekommen am 18. Oktober							
D.		Rußland	Weißelbrecht	Bartem	2		
D.		Wollux	Müller	Oxelövand	3		



Hühneraugen
Hornhaut, Schwiele u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos.
Kukirol 100 000-fach bewährt
- Preis M. —
In Apotheken u. Drogerien erhältlich

Die
Meggendorfer
Blätter

sind das schönste farbige
Witzblatt für die Familie

Vierteljährl. 13 Nummern M. 12.60
beim Postamt oder vom Verlag.
Die einzelne Nummer kostet M. 1.—

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur Mark 1.20 kostet. Gegen weitere 60 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag, München, Perussastrasse 5 zu beziehen.

Bekanntmachung.

Infolge Einführung von Zuschlägen zum Ortslohn für unabh. beschäftigte Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Lübeck sind diese vom 8. Mai d. J. ab sämtlich in der V. Lohnklasse zu versichern. Es sind also seit dem genannten Zeitpunkt auch für alle als Wäscher und Reinmachefrauen, Blätterinnen, Schneiderrinnen, Näherinnen, in fremden Häusern beschäftigten Frauen und Mädchen, die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse sind, von den Arbeitgebern Wochenmarken zu 50 Pf., seit dem 2. August d. J. solche zu 1,40 M. zu verwenden.

Lübeck, den 16. Oktober 1920. (8247)
Landesversicherungsanstalt der Hansestädte.
Der Vorstand.
Bielefeldt.

Bekanntmachung

betr. Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs in Lübeck, Travemünde u. Schlutup.

Zur Anschließung an die Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 9. September 1919 werden in Abänderung der den gleichen Gegenstand betreffenden Bekanntmachung der Betriebsbehörde vom 10. November 1919 im Einvernehmen mit dem Verdrahtungsmann folgende Ortsvorschriften erlassen:

1. Verkaufsstellen, Warenhäuser, Ladengeschäfte und sonstige zum Verkauf an das Publikum bestimmte Räume mit Ausnahme der Apotheken dürfen nicht vor 8 1/2 Uhr vormittags und höchstens 1/2 Stunde über den Ladenabschluss hinaus elektrisch beleuchtet werden. Die Innenbeleuchtung vorstehend genannter Räume ist so einzuschränken, daß die Summe der Kerzenstärken, auf 1 qm Bodenfläche der zu beleuchtenden Räume berechnet, höchstens 5 Kerzenstärken beträgt.
2. Die Innenbeleuchtung von Schaufenstern wird ab 1. November 1920 während der Verkaufszeit mit der Einschränkung gestattet, daß die Summe der Kerzenstärken auf 1 qm Bodenfläche des Schaufensters 8 Kerzenstärken nicht übersteigt und höchstens 8 Lampen von zusammen 50 Kerzenstärken verwendet werden.
3. Für Schaufenster, deren Bodenfläche kleiner als 2 qm ist, ist jedoch eine 16 Kerzige Glühlampe gestattet.
3. Die elektrische Innenbeleuchtung der Speise- und Schankwirtschaften, der Speise- und Schankräume in Gasthöfen, der Kaffeehäuser, Theater, Lichtspielhäuser, der Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie der öffentlichen Vergnügungsorten aller Art ist so einzuschränken, daß die Summe der Kerzenstärken der Lampen, auf 1 qm Bodenfläche der zu erleuchtenden Räume berechnet, nicht mehr als 2 1/2 Kerzen beträgt. Außenbeleuchtung ist verboten.
4. Die elektrische Beleuchtung in Büroräumen, Kontoren und Lagereien ist vor 8 Uhr vormittags und nach 6 1/2 Uhr abends nicht gestattet. Die Bürounterräume sind so zu legen, daß eine künstliche Beleuchtung tunlichst vermieden wird.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf:

- a) die behördlichen Büreaus,
 - b) die Büreaus der Handelskammer, der Gewerbe- und Handelskammer und der Landwirtschaftskammer sowie Eisenbahnen, der Landesversicherungsanstalt und der Ortskrankenkasse;
 - c) diejenigen Büreaus, Kontore und Lagereien, die notwendig solche Arbeiten zu erledigen haben, die mit dem Frachtfahrverkehr und Frachtkuhverkehrsverkehr sowie mit dem Bahnhofsverkehr oder mit der Abgabe von Brennstoffen und Lebensmittel zusammenhängen;
 - d) den Geschäftsraum oder Arbeitsplatz des Geschäftsinhabers oder Geschäftsleiters;
 - e) das Zeitungsgewerbe.
- Im übrigen ist die Beleuchtung auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

5. Räume in Privathaushaltungen dürfen nur durch je eine Glühlampe von höchstens 50 Kerzen Lichtstärke beleuchtet werden.
6. Verboren ist:
 - a) die Benutzung elektrischer Koch- und Heizapparate sowie der Betrieb von elektrisch betriebenen Heizapparaten;
 - b) die Benutzung von Kohlenfadenslampen;
 - c) die Außenbeleuchtung von Schaufenstern, die Beleuchtung von Schaustellen sowie jegliche Reklame- und Außenbeleuchtung;
 - d) die Beleuchtung nach der Straße offener Gebäudeeingänge;
 - e) die dauernde Beleuchtung der Hausflure und Treppen in Wohngebäuden nach 9 Uhr abends.
7. In besonderen Fällen kann der Vertrauensmann Ausnahmen von vorstehenden Vorschriften bewilligen oder weitere Einschränkungen festlegen.
8. Zuwiderhandlungen unterliegen den in den §§ 9, 10 und 11 der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung über die Einschränkung des Verbrauches elektrischer Arbeit vom 9. September 1919 festgesetzten Strafbestimmungen; außerdem kann die Stromentnahme gesperrt werden.
9. Diese Vorschriften treten mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Lübeck, den 17. Oktober 1920. (8240)
Die Betriebsbehörde.

Als Verdolbe empfehlen sich
G. Schultz
W. Grandien
Lübeck (8241) Uppsala
den 16. Oktober 1920

Paul Leberke
Mariechen Leberke
geb. Billow verw. Andersen
Vermählte. (8271)
Lübeck, d. 16. Oktober 1920.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur überaus hochzeitlichen Nacht herzlich
Ernst Schnack u. Frau
Wohlung.

Die Geburt eines kräftigen Sängers zeigen an (8246)
W. Zietzen u. Frau
Alma geb. Vinzberg,
Bienenhofstr. 5b.

Beides Zimmer 2. vermietet
Geniet Str. 5b. (8255)

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung, Lübeck.

Nachruf.
Am Donnerstag, d. 14. d. M. starb unser treuer Kollege (8253)
Franz Hoffmann
Hafenarbeiter.
Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 19. d. M., nachmittags 1 1/2 Uhr auf dem Borwerker Friedhof statt.
Die Ortsverwaltung.

Ende-Jahre u. ich. Blüte u. zeitl. Wiedergeb. 29. L. (8257)
Eine gutgeh. Scheibstanz zu verkaufen.

Selbstgeb. n. ft. gr. Blockwag. 7. verl. Wandorffstr. 19. (8252)

Sparherd billig, 8289. Alter Silberschuppen. 1 neue Wolldecke zu verk. 8270) Hanslstr. 64.

2 Satz gr. Ferkel billig zu verkaufen. (8264) Rowe, Fackenburg 89, I.

Ferkel und Zuchtlinge billig zu verkaufen. (8269) **J. Kildner,** Schwartauer Allee 188.

Abhanden gekommen 1g schwarzer Schäferhund ungeführt, a. Greif hör., m. w. Brust, fleck u. braun gepunktelt. Weinen. Vor Unt. w. gewarnt. Abg. d. Bel. o. Nachr. d. Dorn. Antonstr. 9 o. Untertr. 77. (8266)

Wer polst. Sofa u. 4 Stühle? Ang. u. O A 21 a. b. Exp. (8247)

Zahnarzt Rothschild
zurückgekehrt. (8263)

Bitte!
Wer schenkt einem H. Finken, 8 1/2 N., etwas Zeug u. Wäsche? Ang. u. F 36 an die Exp. d. Bl. (8265)

Schreibmaschinen-Reinigung
und Instandhaltung im (8234) Abonnement.
Neumann & Erdmann
Lübeck
Breite Straße 53, I.

Verlobungsringe, 333, 585, 750 u. 900 gef. Silberne 800 u. versch. 900/1000. Gh-u. Teelöffel, Tisch-, Wand- u. Wand-Uhren! hochzeit- u. Paarschmuck, uvm. Uhren-Reparatur-Werkstatt, Goldm.-Reparatur-Werkstatt
Willi Westfahl
32 Hoffenstr. 32

Eimerbier
jeden Dienstag. (8260) **Hermann Stamer.**
1 Wagon Äpfel, Goldparmänen, Reinett., Böfö. Verkauf morgen und abends von 8-12 Uhr an der Drehbrücke. (8259)

Neu erschienen:
Die neue Steuergesetzgebung
Ratgeber für Arbeitnehmer, Beamte und Handwerker von **Walter Loeb.**
Preis 4.50 Mk.
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

Charleville.
Frankle Punkte aus dem Etappenleben.
Von **Dr. Wilhelm Appels,** Berlin.
Mk. 1.80.
Rudh. Ft. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Das Betriebsrätegesetz v. Paul Umbreit 2.50 Mk.
Kunst der freien Rede von Fritz Müller 2.00 Mk.
Wintermärchen von Helas. 45 Pf.
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.** Johannisstr. 46.

Für Geburtstags- und Verlobungsgeschenke

eignen sich unsere in den verschiedensten Preislagen vorrätigen Briefkastetten, Briefmappen, Damenschreibmappen, Blumen-Briefkasten mit Umschlägen, Notizbüchlein in Battschreibpapier-Umschlag, Visitenkarten und die reichhaltige Unterhaltungsliteratur.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46.

Neu! Neu!
Der kleine Roman
Wöchentlich ein abgeschlossenes, illustriertes Heft mit farbigem Titelblatt. Einzelheft 80 Pf.
Nr. 7: „Kreise“ von Norbert Jacques.
Nr. 8: „Drei zum Knoten“ von Gerhard Gutherz.
Nr. 9: „Wintergespinnst“ von Moritz Heimann.
Nr. 10: „Wie wir einst so glücklich waren“ von Wilhelm Speyer.
Nr. 11: „Fahnenflucht“ von Freih. von Wolzogen.
Nr. 12: „Vogelhandlung des Adam Dein“ von Ernst Lothar.
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Orchester des Vereins der Musikfreunde
Dienstag, den 19. Oktober, 7 1/2 Uhr:
Volkstümliches Konzert im Gewerkschaftshaus.
Leitung: Kapellmeister Mannstaedt.
Solist: Konzertmeister Millies. (8244)
Vorverkauf: Konsumverein und Gewerkschaftshaus.

Lübecker Lichtspielgemeinde.
Bilderbühnen-Abend
Donnerstag, den 21. Oktober, 7 1/2 Uhr in der Stadthalle. (8283)
„Der Edelweisskönig“ (nach Ganghofer);
„Der Zuckerschieber“ (Lustspiel) u. a.
Gesangsvorträge der „Thalia“.
Karten bei Nagel wie üblich; Mitglieder gegen Guthchein 1 der neuen Mitgliedskarte 50 Pf. Ermäßigung.

Luisenlust.
Sonntags u. Dienstag: **Gr. Tanzkränzchen.**
Erstklassigste Musik. (8288)
Anfang: Sonntag 4 1/2 Uhr, Dienstag 7 Uhr.

Zentralhallen
(261) Morgen Dienstag, 6 1/2 Uhr:
Großes Tanzkränzchen.

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Anzeigen

für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen.
Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“
Johannisstraße 46.

Der Verleger einer Zeitung schätzt die Inserenten

neben seinen Abonnenten ganz besonders

Sie sind die Mithalter der Zeitung!

Alle Leser die ihr Blatt lieben und es ausgebaut wissen wollen, **unterstützen den Verlag** bezügl. der Wünsche der Inserenten.

Mehr noch als bisher müssen sich die Abonnenten des Lübecker Volksboten bei ihren Einkäufen stets auf die **Inserate im Lübecker Volksboten** beziehen.

Emser Pastillen
gegen Heiserkeit, Husten u. s. w.
Warnung vor Nachahmungen.

Eimerbier
Dienstag von 8-8 Uhr
8255 **H. Bade.**

Feinster Majoran-Salat
Pfund 8 Mk.
Paul Lohrmann,
Sundestr. 95. (8242)

Altes Gold u. Silber
Gebisse, Platin, Brennstifte taufst (8255) Gültstr. 61.

Schnürrienzel
bestes Gifengarn
0.80-1.90 (8249)
C. Grimm Nachf.
Schlumacherstr. 6.

Deutscher Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Sitzung des Vorstandes mit den Eintassierten
am Dienstag, d. 19. Okt., abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52. (8288) Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, d. 19. Okt., abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagessordnung:
1. Abrechnung vom 8. Quartal 1920.
2. Vortrag des Kollegen Radde. (8273)
3. Bericht vom Ortsauschuß.
4. Sonstige Verbandsangelegenheiten.
Um recht zahlreiches Erscheinen eruchtet
Die Ortsverwaltung.

Gledermann
7 1/2 Uhr (8250)

Hansa-Theater
Heute 7 1/2 Uhr: (8254) **Zigeunerliebe.**
Der große Operettenerfolg.
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
(7. B. D. Voll-Ab. — 4. B. Halb-Ab. Serie I) **Die Czardasfürstin.**
Operette in 3 Akten von Kalman.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
(7. B. D. Voll-Ab. — 4. B. Halb-Ab. Serie I) **Auf dreifelligen Wunsch Menagerie.**
8 Orchester u. Goethe.

Stadttheater Lübeck.
Montag 8245
6. Volkst. Konzert. 7 1/2 u.
Dienstag, D. B. u. S. B. I. C. u. Ab. Hofe Bernd. 7 Uhr.
Mittwoch B. C. u. 6. u. Ab. Op. Ab. Zum 1. Male! Lobetanz. 7 Uhr.